

Unser Programm für
Tempelhof-Schöneberg





Liebe

Tempelhof-Schöneberger*innen,

seit fast zehn Jahren bin ich Ihre Bezirksbürgermeisterin. Das Team aus meinem Bezirksamtskollegen Oliver Schworck, der BVV-Fraktion der SPD und mir hat auch in der zu Ende gehenden Wahlperiode viel für die Menschen im Bezirk erreichen können.

Beim Lesen unseres Wahlprogramms werden Sie dies auch wahrnehmen: Wir konnten sehr viele der vor fünf Jahren angekündigten Maßnahmen umsetzen oder beginnen, haben aber bereits wieder für die nächsten fünf Jahre neue Themen und konkrete Maßnahmen benannt, die aus unserer Sicht unbedingt weitergeführt werden müssen.

Tempelhof-Schöneberg ist ein vielfältiger und sehr bunter Bezirk. Er ist Innenstadt und Stadtrand zugleich. Dicht bebaute Wohngegenden, Hochhaussiedlungen, Einfamilienhausgegenden, Industriegebiete und große Naturflächen zum Erholen liegen eng beieinander. Für jeden Bereich gilt es, die passende Politik zu gestalten – und das zusammen mit den Anwohnenden.

Es macht mir Spaß, gemeinsam mit vielen Menschen zum Beispiel die Lebens- und Arbeitswelten im Bezirk zu verbessern, die Mobilität zu verändern und für Akzeptanz von Vielfalt und gegen Diskriminierung zu streiten.

Das möchte ich auch in den nächsten fünf Jahren für die Menschen im Bezirk tun. Lesen Sie auf den folgenden Seiten, welche Maßnahmen die SPD Tempelhof-Schöneberg prioritär umsetzen möchte.

Und bitte: Gehen Sie am 26.9. zur Wahl oder nutzen Sie im Vorfeld die Möglichkeit der Briefwahl. Eine Demokratie lebt davon, dass alle mitmachen und wählen!

Viele Grüße,
Ihre

Angelika Schöttler

Spitzenkandidatin der SPD Tempelhof-Schöneberg
für das Amt der Bezirksbürgermeisterin



Antworten auf eine Krise

Die Auswirkungen der Coronakrise haben wir in Tempelhof-Schöneberg in allen Lebensbereichen zu spüren bekommen. Kontakte im Alltag und am Arbeitsplatz sind weniger geworden, einige haben Familienangehörige oder Freund*innen durch Covid-19 verloren oder sind selbst erkrankt.

Die Rolle von Frauen hat seit Beginn der Pandemie einen Rollback erfahren. Familien wurden dabei besonders belastet. Der Druck auf Eltern, im Speziellen auf Mütter, ist deutlich gestiegen: Sie mussten Homeoffice, Kinderbetreuung und Schulunterricht vereinen und haben mit der Erschöpfung gekämpft.

Familien konnten sich nicht wie früher Hilfe suchen. Notsituationen sind seltener aufgefallen, da Schule, Kita, Kinder- und Jugendfreizeit nicht kontinuierlich für alle geöffnet sein konnten. Kinder und Jugendliche konnten ihre Freunde nicht mehr treffen und waren von der Isolation stark betroffen. Wir machen uns große Sorgen um die anhaltenden psychischen Belastungen der Familien und möchten auch nach der Pandemie für die Familien da sein.

Ältere und alte Menschen sowie Menschen mit Beeinträchtigung wurden in der Coronakrise besonders stark eingeschränkt. Durch das oft höhere Risiko für einen schweren Covid-19-Verlauf, durch Kontaktbeschränkungen, durch Schließung von Beratungsstellen oder Verlagerung in den digitalen Raum gab es kaum noch Teilhabemöglichkeiten – Isolation war die Folge. In Zukunft müssen Informationen barrierefrei zur Verfügung stehen und Teilhabe auch unter schwierigen Bedingungen zielgruppenspezifisch besser organisiert werden.

Gleichzeitig mussten viele Menschen um ihre Existenz kämpfen, haben ihre Arbeit verloren oder waren auf staatliche Hilfen angewiesen. Solo-Selbstständige und besonders Künstler*innen wurden von der Pandemie hart getroffen. Künstler*innen wollen wir schnellstmöglich wieder einbeziehen, digitale Angebote aufrufen und ihnen so die Möglichkeit geben, ihre Arbeit wieder ausüben zu können.

Der Corona-bedingte Einbruch des Berlin-Tourismus nach erfolgsverwöhnten Jahren hat Beherbergungsbetriebe und Gastronomie im Bezirk stark getroffen. Wir wollen den lokalen Einzelhandel und die Gastronomie stärker in den Vordergrund rücken und sie unterstützen, damit sie zu alter Form zurückfinden.

Nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung werden wir die Folgen der Pandemie überwinden.

EIN STARKER BEZIRK



Unsere Wirtschaftspolitik

krisenfest und vorausschauend

Wir Sozialdemokrat*innen bekennen uns zu einer starken Wirtschaftspolitik, die sich ihrer gesellschaftlichen und sozialen Verantwortung bewusst ist, auch und gerade in Krisenzeiten.

Unser Ziel ist es, auch in herausfordernden Zeiten unseren erfolgreichen Kurs einer konsequenten Vernetzung von Strukturen, einer aktiven Bestandspflege durch die bezirkliche Wirtschaftsförderung, der gezielten Nutzung von Förderprogrammen aus EU, Bund und Land und der erfolgreichen Neuansiedlung von Unternehmen mit dauerhaften, sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen fortzusetzen und zu festigen.

Die Wirtschaftsunternehmen sind ein wichtiger Bestandteil in Tempelhof-Schöneberg. Damit die Arbeitsplätze erhalten bleiben, müssen die Unternehmen sich ständig entwickeln, vor allem bei den Themen Klimaschutz, Digitalisierung, nachhaltige Produktion und Verkehrswende. Immer mehr Unternehmen legen aber auch Wert auf ihr soziales Engagement und die Ausbildung. Das gilt es weiter zu fördern.

Die Vielfalt der Menschen, die unseren Bezirk prägt, ist dabei für uns ein wesentlicher Standortfaktor. Die Aktivierung von Talenten, die freie Entfaltung von Begabungen sowie eine diskriminierungsfreie Wirtschaft stärken die Menschen und Unternehmen, gerade auch für Krisenphasen. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass weitere Unternehmen in Tempelhof-Schöneberg die „Charta der Vielfalt“ unterzeichnen. Diese Charta setzt auf eine Wirtschaft, die für die verschiedenen Lebensmodelle in einer vielfältigen Stadt Chancen und Räume schafft.

Zu einem guten Verkehrskonzept für die Wirtschaft gehört auch der gezielte Ausbau des ÖPNV. Zwei für den Bezirk sehr wichtige Projekte sind die Schaffung des Regionalbahnhofs Buckower Chaussee und der zusätzliche S-Bahnhalte am Kamenzer Damm. Auf stetes Drängen der Wirtschaftsförderung und der Bezirksbürgermeisterin sind beide Vorhaben inzwischen auf gutem Weg, müssen aber weiterhin mit hoher Priorität gefordert und aus dem Bezirk heraus unterstützt werden.

Die Geschäftsstraßen sind besonders wichtig für die Nahversorgung der Menschen im Bezirk, stehen aber in starker Konkurrenz zum Internethandel. Für die Zukunftsfähigkeit der Geschäfte brauchen wir deutlich attraktivere Geschäftsstraßen. In der Tauentzienstraße funktioniert dies bezirksübergreifend gut mit der City West. Im Süden von Tempelhof-Schöneberg ist die Aufwertung der Bahnhofstraße in Lichtenrade auf gutem Weg und am Tempelhofer Damm gibt es viele Überlegungen, bei denen die Unternehmensinitiative Te-Damm sich stark einbringt. Die bezirkliche Wirtschaftsförderung wird unter unserer Führung auch weiterhin Initiativen unterstützen und bei der Beantragung von Drittmitteln helfen. Das Format von regelmäßigen Treffen mit Vertreter*innen aller Geschäftsstraßen wird mit uns weitergeführt.

Die Gewerbeflächen stehen in starker Konkurrenz zum benötigten Wohnungsbau bzw. zur Schaffung von notwendiger Infrastruktur. Um ein ausgewogenes Verhältnis von Flächen im Bezirk zu behalten, setzt sich die SPD dafür ein, dass Gewerbeflächen nicht umgewandelt werden, sondern weiterhin für Gewerbeansiedlungen genutzt werden. Das erhält bzw. schafft wichtige Arbeitsplätze. Darüber hinaus muss es ermöglicht werden, die Gewerbegrundstücke optimal auszunutzen. Damit werden Möglichkeiten zur Unternehmensexpansion geboten, die auf den vorhandenen Grundstücken realisiert werden können und die Abwanderung von Unternehmen verhindern.

Bei den unterschiedlichen Gewerbetreibenden ist es für Handwerker*innen zurzeit besonders schwer. Wegen steigender Gewerbemieten werden sie immer stärker aus der Innenstadt verdrängt und auch am Stadtrand wird es langsam schwierig, geeignete Standorte zu finden. Deshalb setzt sich die SPD für sogenannte Handwerksmeilen ein, in denen kleine und mittlere Handwerksbetriebe für sie bezahlbare Räume mieten können. Diese können als Teil eines größeren Bauvorhabens quersubventioniert werden oder sollten direkt durch eine neue Gewerbe-GSG (Gemeinnützige Siedlungsgemeinschaft) betrieben werden. Wir setzen uns explizit für die Schaffung einer neuen Gewerbe-GSG durch das Land Berlin ein.

Anders als Wohnungsmieten sind Gewerbemieten kaum reguliert. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass auf Bundesebene die Regulierung der Gewerbemieten gesetzlich verankert wird. Wir vor Ort wissen, dass es einen Gewerbemietendeckel geben muss, da die stetig steigenden Mieten für viele kleine Unternehmen existenzbedrohend sind.

Der Bezirk Tempelhof-Schöneberg ist ein starker Industriestandort und spielt eine große Rolle für Berlins Wirtschaft. Wir wollen auch bei der Digitalen Wirtschaft führend in Berlin werden und fördern gezielt die Ansiedlung von Start-ups in unserem Bezirk. Einige Immobilienprojekte denken bereits räumliche Angebote für Start-ups mit, wie beispielsweise Ullsteinhaus, Schindler-Campus, EUREF-Campus und Marienpark. Diese Projekte unterstützen wir gezielt. Perspektivisch ist auch über landeseigene Angebote nachzudenken, in denen in Start-up-Hubs preiswerte Räume für die Gründungsphase inklusive Ansprechpartner*innen der Wirtschaftsförderung vor Ort ein ideales und fruchtbares Umfeld für Start-ups bilden.

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung und Arbeitsmarktpolitik sowie Maßnahmen des Jobcenters Tempelhof-Schöneberg sind darauf auszurichten, dass Erhalt und Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in allen Wirtschaftszweigen im Mittelpunkt stehen. Die bezirkliche Wirtschaftsförderung wird die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen von Frauen prüfen und Gründerinnen besonders unterstützen. Mit der Initiative „Gute Arbeit“ der SPD verbinden wir auf bezirklicher Ebene ein Miteinander von sozialen, ökologischen, fairen und tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsbedingungen.

Zur Schaffung tarifgebundener Arbeitsplätze gilt es auf bezirklicher Ebene, eine Rückführung privatisierter Aufgaben, wie Schulreinigung, Hausmeisterdienste und Natur- und Grünflächenpflege, in die Zuständigkeit des Bezirksamtes zu prüfen und sich für eine entsprechende Umsetzung auf Landesebene einzusetzen.

Ohne Ausbildungsanstrengungen kein langfristiger Erfolg: Wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft die Schaffung neuer Ausbildungsplätze und die Förderung von Frauen, die Integration von geflüchteten Menschen und von Menschen mit Behinderung unter Berücksichtigung guter Arbeitsbedingungen stärken. Wir fordern hier die Bereitschaft der Unternehmen, bringen uns aber gleichzeitig in einen Dialog ein. Ziel unserer Politik ist es, für jeden Menschen den passenden Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden.

Verstärkt soll auch das Bezirksamt selbst Menschen mit Behinderungen ausbilden und einstellen, um Fachkräfte zu gewinnen und (nicht nur) jungen Menschen mit Behinderung eine gute berufliche Perspektive zu bieten.

Wesentlich ist die Unterstützung der lokalen Wirtschaft durch europäische Fördermittel und Strukturfonds.

Der Europäische Sozialfonds (ESF) fördert die bessere Qualifizierung für einen Arbeitsplatz, z.B. die Optimierung der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und die soziale Eingliederung benachteiligter Gruppen. In der Förderperiode 2014-2020 wurden alleine in Tempelhof-Schöneberg durch den ESF ca. 80 Projekte mit einem Gesamtbetrag von mehr als 30 Mio. Euro gefördert.

Die Beantragung von Fördermitteln ist und muss für die Wirtschaftsförderung ein wichtiges Anliegen bleiben. Ein großes, mit GRW-Mitteln (Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) finanziertes Vorhaben ist das derzeit zusammen mit den bestehenden Netzwerken durchgeführte Regionalmanagement, um alle Zukunftsthemen konkret für und in Tempelhof-Schöneberg umzusetzen. Das gilt es durch weitere Aktivitäten zu unterstützen. Ein Teilaspekt sind dabei die Wirtschaftsverkehre, die neu geordnet werden müssen. Dazu zählen Mikro-Hubs für die letzte Meile genauso wie der Lieferverkehr vom Güterverteilzentrum Großbeeren in den Bezirk hinein. In beiden Bereichen gibt es innovative Modellprojekte, die weiter unterstützt und ausgebaut werden müssen.

Die bezirkliche Wirtschaftsförderung soll sich dafür einsetzen, dass mehr und bessere Arbeitsplätze für Frauen entstehen.

Wir sehen einen verstärkten Fokus auf die Kieze als Chance, den Tourismus in Tempelhof-Schöneberg zu steuern und nachhaltiger zu gestalten. Denn die Ströme wiederkehrender Besucher*innen sollen von den überlasteten Bezirken in die Kieze und in weniger bekannte Gebiete gelenkt werden, ohne die dortige Wohnbevölkerung zu belasten. Ein sichtbarer Schritt der Kooperationsvereinbarung mit visitBerlin war die Going-Local App. Dafür wurden die Inhalte für die Kieztouren, Kieze und sehenswerte Orte zuge liefert. Schrittweise werden weitere Kieztouren ergänzt, da der Bezirk viel Geschichte und Kiezflair abseits touristischer Ströme zu bieten hat. Schwerpunkte wie beispielsweise Orte der NS-Diktatur, das ehemalige Notaufnahmelager Marienfelde, die queere Geschichte, der EUREF-Campus, Lebensorte von Prominenten oder kulinarische Touren eignen sich gut für wiederkehrende Tourist*innen, die die typischen Sehenswürdigkeiten bereits kennen.

Unter sozialdemokratischer Führung entsteht gerade ein Tourismuskonzept, um den Kiezfokus herauszustellen und auch weniger bekannte Orte des Bezirkes stärker ins Licht zu rücken. Dieses Konzept werden wir in den kommenden Jahren umsetzen und weiter verfeinern.

Die Unternehmen aus der queeren Community machen einen Großteil des Charmes nicht nur des Regenbogenkiezes aus. Die bezirkliche Wirtschaftsförderung begleitet diese Unternehmen bei der Umsetzung ihrer Vorhaben, berät zu Antrags- bzw. Genehmigungsverfahren und ist kompetente Ansprechpartnerin für Existenzgründer*innen der queeren Community. Dieser Schwerpunkt muss auch zukünftig sichtbar und entsprechend abgesichert bleiben.

Der queere Kiez ist ein Wirtschaftsfaktor in unserem Bezirk. Gastronomie, Bars und Kulturprojekte ziehen viele Menschen aus ganz Berlin und der ganzen Welt an. Dazu gehören auch die Festivals wie Motzstraßenfest, Folsom, Ledertreffen oder die Christmas Avenue. Sie sorgen für internationale Bekanntheit und machen den Kiez auch außerhalb der queeren Saison zu einem Tourist*innenmagnet. Wir unterstützen die Akteur*innen, die mit viel Herzblut Jahr für Jahr die Höhepunkte der queeren Saison organisieren.

In Zeiten der Verdrängung von Gewerbemiet*innen legen wir besonderes Augenmerk auf die Einrichtungen der queeren Community, die ihre Heimat in Tempelhof-Schöneberg gefunden haben. Sie leisten wertvolle Arbeit und bereichern mit ihren Angeboten den Regenbogenkiez. Wir wollen sie weiterhin unterstützen und ihnen einen Platz in unserem Bezirk bieten.

Haushalt und Finanzen, Facility Management

beste Voraussetzungen für einen leistungsstarken Bezirk

Der Bezirkshaushalt ist die Grundlage für gute Angebote aller Bereiche des Bezirksamts. Weil der Bezirk seine Mittel vom Land zugewiesen bekommt, hängt die Haushaltsentwicklung sehr stark von der Gesamtberliner Entwicklung ab. Seit 2012 ist Berlin stark gewachsen. Investieren in die wachsende Stadt und weiter Konsolidieren der Finanzen ist seit 2016 die Doppelstrategie des Senats.

Im bezirklichen Doppelhaushalt 2020/2021 wurden gezielt Mittel für mehr Personalstellen, für Maßnahmen zur Stellenbesetzung (Kampagne) und zur Ausweitung bestehender und neuer Angebote eingestellt. Diese Strategie muss auch für den Doppelhaushalt 2022/2023 beibehalten werden.

Die Zuweisung erfolgt auf Grundlage der sogenannten Kosten- und Leistungsrechnung: Wer viele Angebote zu möglichst niedrigen Kosten anbietet, der bekommt auch in Zukunft mehr Budget. Der haushaltspolitisch vernünftige Ansatz lautet deshalb, mit genügend Personal die Angebote für die Menschen attraktiver zu machen, also die Qualität und Quantität so zu verbessern, dass mehr Menschen bezirkliche Angebote nutzen. Neben der Attraktivität des Angebotes für die Menschen erhöht sich dadurch auch die Zuweisung an den Bezirk, wodurch weitere Angebote geschaffen werden können.

Alle Haushalte der laufenden Wahlperiode haben positiv abgeschlossen. Dies führte dazu, dass der Bezirk jedes Jahr zusätzlich zum jährlich zugewiesenen Budget noch Gewinnüberträge aus den vorangegangenen Jahren in Millionenhöhe in den Haushalt einstellen konnte. Diese Überträge müssen weiterhin ganz gezielt eingesetzt werden, um den Stellenaufbau fortzuführen, die Immobilien zu sanieren, neu zu bauen und die Angebote qualitativ und quantitativ zu erhöhen.

Ein Teil der Überträge der vergangenen Jahre kommt aus bereits geplanten bezirklichen Bauvorhaben, die von der derzeitigen Leitung der Bauabteilung nur unzureichend umgesetzt bzw. zum Teil nicht einmal begonnen wurden. Seit Jahren werden die entsprechenden Stellen nicht besetzt. Einige Bauprojekte werden immer und immer wieder in das nächste Jahr verschoben.

Bei Schulgebäuden ist der Bezirk darauf angewiesen, dass rechtzeitig die dringend benötigten Schulplätze zum richtigen Zeitpunkt zur Verfügung gestellt werden. Einschulungen lassen sich nicht verschieben und Tempelhof-Schöneberg gehört zu den Bezirken mit dem größten Zuwachs an Schüler*innen. Unser Ziel ist, Schulplätze zu schaffen und den Bestand sicherzustellen. Deshalb müssen Wege gefunden werden, wie mit externer Hilfe Bauprojekte zügig umgesetzt werden können, ohne von der Anzahl der nicht besetzten Stellen abhängig zu sein.

Wir setzen uns vehement dafür ein, dass die öffentlichen Gebäude – die Rathäuser und Verwaltungsgebäude, Schulen und Kitas, Sportanlagen sowie Bibliotheken und Volkshochschulstandorte – barrierefrei werden. Wo der Denkmalschutz einem Umbau entgegensteht, müssen geeignete Kompromisse in Zusammenarbeit mit der Bezirksbehindertenbeauftragten und dem Beirat von und für Menschen mit Behinderungen sowie Betroffenenverbänden gefunden werden.

Neben den baulichen Sanierungsmaßnahmen müssen die bezirklichen Immobilien mit Priorität in der IT-Infrastruktur besser ausgestattet werden, sowohl was die Hardware als auch was die Software angeht. Homeoffice darf nicht an leistungsschwachen Leitungen oder fehlenden Servern scheitern, wie wir es zu Beginn der Corona-Krise nur allzu oft erlebt haben. Hier muss sehr kontinuierlich und konsequent an der Weiterentwicklung gearbeitet und investiert werden. Das Gleiche gilt für die Ausstattung der Beschäftigten mit entsprechenden Geräten.

Neben der IT-Infrastruktur müssen Anstrengungen aller Bereiche folgen, damit auch die Leistungen, also die Fachsoftware, für die Bürger*innen digital erreichbar werden. Hierbei ist der Bezirk auf die übergreifende Zusammenarbeit zwischen den Senatsverwaltungen und allen Bezirken angewiesen. Wir wollen für die Zukunft, dass sich die Bürger*innen aussuchen können, ob sie die Leistungen der Verwaltung persönlich vor Ort oder digital in Anspruch nehmen.

Öffentliche Veranstaltungen des Bezirks müssen barrierefrei stattfinden. Wir setzen uns weiterhin auf allen Ebenen dafür ein, dass dafür endlich die baulichen und digitalen sowie personellen Voraussetzungen geschaffen werden. Es bedarf eines kompetenten, zeitgemäßen und barrierefreien bezirklichen Veranstaltungsmanagements.

In den vergangenen Jahren wurden unsere Möglichkeiten, Fördermittel in Anspruch zu nehmen, zu wenig ausgeschöpft. Programme, zum Beispiel für die strukturelle Verbesserung von Kiezen, Ausstattung oder Gestaltung von kulturellen Angeboten, aber auch Mittel für Bauvorhaben wurden entweder nicht aufgespürt oder nicht genutzt.

Wir wollen den Bezirkshaushalt entlasten und stärker auf Förderprogramme zurückgreifen. Dafür ist es notwendig, eine Personalstelle bzw. -stellen zu schaffen, um mögliche Förderprogramme aufzuspüren und die Fachberater zu entlasten. Ergänzend dazu soll ein*e Fördermittelmanager*in unterstützend bei der Antragsstellung und der Abrechnung tätig sein.

Das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg ist einer der größten Arbeitgeber im Bezirk. Die Möglichkeit auf Teilzeit oder Telearbeit/Homeoffice, viele Gesundheitsangebote und eine Sozialberatung sind Beispiele für seine Attraktivität, die die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler sehr unterstützt. Durch den anstehenden Generationswechsel und die deutlich gestiegene Anzahl an Stellen ist die Chance sehr hoch, hier den passenden Arbeitsplatz zu finden. Für die kontinuierliche Steigerung der Attraktivität werden wir uns weiter einsetzen.

Selbstverständlich für uns ist, dass das Bezirksamt jedes Jahr vielen jungen Menschen die Chance einer Ausbildung bietet. Nach Möglichkeit sollten hier die Ausbildungsplätze noch erhöht werden.

Mit oberster Priorität arbeiten wir daran, dass alle freien Stellen möglichst umgehend besetzt werden. Dies wird durch eine Personalgewinnungskampagne begleitet, die die SPD durchgesetzt hat. Diese Kampagne muss weitergeführt und immer wieder angepasst werden. Ein Beispiel für eine Anpassung: Gerade Menschen mit Migrationshintergrund, People of Colour oder Menschen mit Behinderung sollen ermutigt werden, sich zu bewerben. Wir wissen, dass diese Menschen viele Talente mitbringen und ein diverses Bezirksamt ein besserer Ansprechpartner für alle Bürger*innen ist.

Eine weitere Steigerung der Attraktivität der Verwaltung sowohl für die Beschäftigten als auch für die Bürger*innen ist die fortschreitende Digitalisierung der Leistungen, die wir Sozialdemokrat*innen aktiv fördern.



Stadtentwicklung

Planen für die Menschen

Berlin ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen. Jedes Jahr kamen rund 50.000 Menschen neu in unsere Stadt, viele davon jung und gut qualifiziert. Wir freuen uns sehr über diese für die Stadt außerordentlich positive Entwicklung.

Die hinzuziehenden Menschen suchen Wohnraum und Arbeit. Zugleich soll die angestammte und oft weniger zahlungskräftige Bevölkerung nicht verdrängt werden. Unsere Wohnungspolitik hat daher die beiden Säulen Bestandssicherung und Neubau.

Wir treten offensiv für die Sicherung des Wohnungsbestands und den Wohnungsneubau für alle Bevölkerungsgruppen durch die Aktivierung der bestehenden Flächenpotenziale ein. Das betrifft nicht zuletzt untergenutzte Flächen, wie die Gebäude und Parkplätze von Discountern, die als Läden im Geschosswohnungsbau mit Tiefgarage für die Kundschaft ebenso funktionieren würden. Flächeneffektivität bedeutet aber auch, im Einzelfall höhere Gebäude zu unterstützen, insbesondere wenn dabei bestehende Freiflächen geschont werden.

Wir setzen uns vor allem für einen Wohnungsbau ein, der auch Angebote für Menschen mit geringem Einkommen macht. Die Instrumente Neubauförderung, Kooperative Baulandentwicklung und transparente Liegenschaftspolitik sind konsequent zu nutzen, um im Neubaubereich geförderten Wohnraum zu schaffen.

Der Gentrifizierung wirken wir durch Neubauförderung, Ausweisung sozialer Erhaltungsgebiete sowie die Zweckentfremdungsverbotsverordnung und Umwandlungsverordnung entgegen. Wir unterstützen die bisherige Linie des Bezirks, in den sozialen Erhaltungsgebieten Abwendungsvereinbarungen oder Vorkaufsrechte zu nutzen. Wir setzen uns für den Wohnungsbestand ein und bekämpfen steigende Mieten. Nachdem feststeht, dass Berlin keinen eigenen Mietendeckel erlassen kann, setzen wir uns als SPD dafür ein, dass der Bundesgesetzgeber aktiv wird. Die Berliner Mieterschaft muss mit einer Begrenzung des Mietenanstiegs unterstützt werden, bis der Neubau den Wohnungsmangel effektiv auffangen kann. Wohnungsbau muss nicht nur im Hinblick auf die älter werdende Gesellschaft barrierefrei realisiert werden. Wir wollen integrative und generationsübergreifende Wohnformen fördern.

Um weiteren Wohnraum in einem innerstädtischen Bereich wie Schöneberg zu schaffen, sind Nachverdichtungen bestehender Siedlungen problematisch und zugleich eine Chance. Wenn es durch zusätzlichen Wohnraum in der Nachbarschaft enger wird, die Grünflächen stärker genutzt werden, wenn es durch Baumaßnahmen zu Lärm und Staubbelastung kommt, ist dies für die Anwohnerschaft eine Belastung. Andererseits ist die Einbindung des Quartiers in eine bestehende oder ausbaufähige Infrastruktur und in die vorhandenen ÖPNV-Angebote ein erheblicher sozialer und ökologischer Vorteil. Wenn dann kurze Wege zum Arbeitsplatz entstehen, ist der Vorteil noch einmal

größer. Wir befürworten daher grundsätzlich die Nachverdichtung am Mühlenberg hinter dem Rathaus Schöneberg. Weil dort die Grundstücke einer städtischen Wohnungsgesellschaft gehören, wird es hier trotz der fast schon absurden Schöneberger Grundstückspreise möglich sein, neuen Wohnraum zu schaffen, der mindestens zur Hälfte aus geförderten Wohnungen besteht.

Das Wohnungsaufsichtsrecht muss weiter gestärkt werden bis hin zur Einsetzung einer Treuhänderin oder eines Treuhänders, falls Wohngebäude durch ihre Eigentümerschaft vorsätzlich oder durch Unvermögen drohen, unbewohnbar zu werden. Der jahrelange Verfall eines Hauses in der Friedenauer Stubenrauchstraße zeigt, dass die bestehenden Instrumente geschärft werden müssen.

Wo Wohnungen entstehen, muss die soziale Infrastruktur mitwachsen. Wir wissen, wie wichtig öffentliche Sport-, Grün- und Erholungsflächen sind. Kita-Plätze sind in einigen Teilen des Bezirks bereits heute knapp. Wohnungsnahe Grundschulplätze werden vor allem in Tempelhof und Mariendorf absehbar fehlen, wenn die bezirkliche Bauabteilung bei Schulneubau und -sanierung nicht mehr Tempo macht.

Neben der verstärkten Kontrolle und Ahndung von Verstößen gegen die gesetzlichen Vorgaben zur Barrierefreiheit beim Neubau, insbesondere von Wohnungen, gehört dazu auch die Planung von barrierefreien Wegebeziehungen und sozialer Infrastruktur, wie beispielsweise Seniorenfreizeiteinrichtungen oder das Einplanen und Einfordern von barrierefreien Räumlichkeiten für soziale Projekte oder Beratungsstellen, Arztpraxen und Gewerberäumen.

Im Bezirk ansässige soziale Projekte sollen dabei unterstützt werden, entweder barrierefreie Räumlichkeiten zu finden oder ihre bisherigen Räume zu ertüchtigen.

Zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum gehört der Zugang zu Märkten, Friedhöfen, Grünflächen und Spielplätzen inklusive barrierefreier Spielgeräte ebenso wie zu Kunst, Gedenken oder Naturerleben mithilfe von barrierefrei gestalteten Informationstafeln, z.B. mit Brailleschrift und/oder digitaler Unterstützung.

Unsere Standortpolitik für wirtschaftliche Ansiedlungen verfolgt die Aufwertung und profilierte Entwicklung der Gewerbestandorte, seien es unsere Einkaufsstraßen oder klassische Industrie- und Gewerbeflächen am Stadtrand. Wir verfolgen eine kiez- und sozialraumorientierte Stadtentwicklungspolitik, die die Gegebenheiten in den einzelnen Ortsteilen berücksichtigt und Bürger*innen an der Entwicklung ihres Umfelds direkt beteiligt.

Gewerbeentwicklung bedeutet jedoch nicht nur Großansiedlungen und Einkaufsstraßen. Es sind vielmehr die vielen kleinen Läden, Gaststätten, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe, die unserem Bezirk ein Gesicht geben und ihn lebenswert machen. In Zeiten, in denen das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt, sind Nahversorgungsangebote für den täglichen Bedarf von besonderer Bedeutung.

Das Berliner Quartiersmanagement (QM) ist ein wichtiges Programm zur Stabilisierung von benachteiligten Stadtteilen. Das QM-Team dient als Ansprechpartner vor Ort

und entwickelt gemeinsam mit der Bevölkerung und engagierten Ehrenamtlichen zahlreiche Ideen, die das Zusammenleben und die Wohnqualität im Stadtteil verbessern. Wir sind stolz auf die erfolgreiche Arbeit des Quartiersmanagements „Schöneberger Norden“ und unterstützen die Entwicklung des Stadtteils, auch nachdem die offizielle QM-Förderung 2021 ausgelaufen ist.

In Zukunft werden die beiden neuen QM-Gebiete rund um die Lichtenrader Nahariyastraße und den Tempelhofer Germaniagarten (Oberlandstraße) im Mittelpunkt der Landes- und Bundesförderung stehen. Der Bezirk flankiert den Gedanken der Selbstermächtigung der Bewohnerschaft mit dem vom Jugendamt finanzierten Quartiersbüro „W40“ in Marienfelde. Hier ist es gelungen, vielfältige Initiativen der Anwohner*innen auch ohne den offiziellen QM-Status anzuregen und zu unterstützen. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, das ehrenamtliche Engagement vor Ort zu stärken, um Generationen und unterschiedliche kulturelle Einflüsse in einem lebenswerten Kiez zusammen zu bringen.

Für den Städtebau hat Klimaschutz eine doppelte Bedeutung: Schutz vor einer weiteren Beschleunigung des Klimawandels und Schutz vor dessen Auswirkungen. Zum Schutz des Klimas wird es wesentlich darauf ankommen, den Primärenergieverbrauch von Gebäuden zu reduzieren. Die dazu erforderlichen Wärmedämmungen und Heizungsoptimierungsmaßnahmen haben aber bei der Mieterschaft einen zwiespältigen Ruf, da die mit den Modernisierungsmaßnahmen einhergehenden Kostenumlagen zu erheblichen Mietsteigerungen führen, die sich (noch) nicht durch gesparte Energiekosten aufheben. Hier müssen die zur Füllung der Kostenlücke aufgewandten Förderungen über die bundeseigene KfW-Bank den sich ändernden Erfordernissen angepasst werden.

Städtebau muss durch die Änderung der Mobilitätsangebote zum Klimaschutz beitragen. Ebenso ist die Reduzierung von Mobilitätsnotwendigkeiten ein wichtiger Schlüssel. Wenn Wohnung und Arbeitsplatz nahe zusammenliegen, entfallen viele Wege, die nicht zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurückgelegt werden können. Wir wollen daher eine gemischte Stadt, die Arbeitsplätze in Büros, im Handel, im Handwerk, bei Forschung, Entwicklung und Medien jeweils in der Nähe von Wohnungen anbietet. Eine Ausweitung des mobilen Arbeitens ist ein weiterer Baustein einer solchen Entwicklung. Das Neubau-Wohnungsangebot sollte darauf abgestimmt werden, indem es die „halben Zimmer“ wieder vermehrt berücksichtigt und den Bezug auch für WBS-Berechtigte ermöglicht.

Die heißen Sommer der letzten Jahre haben gezeigt, dass das Aufheizen der Stadt zu spürbaren Belastungen bis hin zu ernststen Gesundheitsgefahren für die Menschen führt. Die Stadt muss den erhöhten Durchschnittstemperaturen besser angepasst werden. Entsiegelung von Flächen, mehr Straßenbäume, mehr Grün allgemein, auch an Fassaden und auf Dächern sind Bestandteile eines klimaangepassten Städtebaus. Dies muss ergänzt werden durch helle, Sonnenstrahlen reflektierende Baustoffe und durch ein Regenwassermanagement, das durch Versickerung und Verdunstung kühlend wirkt und die Versorgung des Stadtgrüns unterstützt.

Als Antwort auf den lokal spürbaren Klimawandel und andere globale Veränderungen mit Auswirkungen auch auf unser Leben hier im Bezirk gilt für uns: Die 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen, zu deren Erreichung sich Deutschland verpflichtet hat und auch Berlin sich bekennt, sind Richtschnur unserer Bezirkspolitik. Sie bestimmen unser lokales Handeln in einer globalisierten Welt, um die Erreichung dieser Ziele bis 2030 zu unterstützen. Über die Prioritäten wollen wir in einen Dialog mit den Bürger*innen eintreten.

Besonderes Augenmerk legen wir in den einzelnen Ortsteilen auf die folgenden Vorhaben:

Schöneberg

Zwischen dem S-Bahnhof Schöneberg und dem Bahnhof Südkreuz entsteht ein neuer Stadtteil mit vielen hinzuziehenden Menschen, tausenden Büroarbeitsplätzen und mit dem weiteren Ausbau des EUREF-Geländes am Gasometer als profilierter Forschungs- und Impulsstandort für Energieeffizienz und neue Mobilität.

Diese Entwicklung ist eine Erfolgsgeschichte für die Stadt und den Bezirk. Dennoch machen sich Teile der Anwohnerschaft Sorgen: Droht eine erneute Verdrängungswelle auf der Roten Insel? Wir wollen dem durch konsequente Anwendung des Milieuschutzes auf der Insel und durch zügigen Neubau auf der Linse zwischen Sachsendamm und S-Bahn-Trasse entgegenwirken. Die soziale Infrastruktur wird durch die Umnutzung der ehemaligen Teske-Schule zur Grundschule und die Erweiterung des Sportplatzes mitwachsen.

Wir setzen uns für den Bau eines „Haus der Jugend“ ein, wenn möglich in Schöneberg am Standort Friedrich-Gerlach-Brücke. Zielstellung ist die Schaffung eines eigenständigen, attraktiven und dauerhaft abgesicherten Standortes für Jugendfreizeit und Jugendhilfe. Dieser soll die bestehende Einrichtungsstruktur sinnvoll ergänzen. Der selbstverwalteten Jugendarbeit soll hier ein Zuhause geboten werden.

Wir wollen die städtebauliche und wirtschaftliche Entwicklung des Bereichs Kleiststraße, An der Urania und Nollendorfplatz als „Tor zur City West“ weiter voranbringen. Der Straßenzug soll attraktiver und belebter werden und Anschluss an die City West erhalten. Die stadträumlich ausufernde Straße An der Urania muss urbaner werden und ihren Charakter als „Schneise durch die Stadt“ verlieren. Für den Nollendorfplatz verfolgen wir eine Neugestaltung mit mehr Raum und Sicherheit für den Rad- und Fußverkehr.

Die Stadtbrache entlang der Hohenstaufenstraße (Flächen zwischen Münchener und Eisenacher Straße) soll durch Wohnungsbau im Sinne einer Stadtreparatur entwickelt werden, ohne den Standort des Kinder- und Jugendzirkus in Frage zu stellen.

Für den Bereich Kleistpark zeichnet sich eine noch stärkere Entwicklung hin zu einem kulturellen Schwerpunkt ab. Dies wollen wir im Sinne der Standortprofilierung nutzen und verstärken. Auf unsere Initiative hin soll eine Bebauung der angrenzenden Kriegsbrachen entstehen.

Friedenau

Auf dem ehemaligen Güterbahnhof Wilmersdorf wird ein neues Stadtquartier entstehen. Geplant wurde es im Rahmen einer Perspektivenwerkstatt mit einer breiten Bürgerbeteiligung. Wohnungen haben jetzt Vorrang vor Gewerbe. Dafür hat sich die SPD von Anfang an eingesetzt.

Die stockende Entwicklung ist aber auch ein Beispiel für die Spekulation mit Bauland. Nach der Planungsentscheidung wurde das Gelände zweimal verkauft, bis sich ein Grundstückspreis entwickelte, den der jetzige Eigentümer wohl weder mit Miet- noch mit Eigentumswohnungen erwirtschaften kann. Solchen Entwicklungen kann nur begegnet werden, wenn der Bezirk künftig Vorhaben von Bestandhaltern wie städtischen Gesellschaften und Genossenschaften Priorität einräumt.

Für den Breslauer Platz konnte in Zusammenarbeit mit den örtlichen Bürgerinitiativen die Umgestaltung zu einer Fußgängerzone durchgesetzt werden. Hier sind weitere gemeinsame Schritte erforderlich, um dem Ort nun noch mehr Aufenthaltsqualität zu verleihen.

Weitere Schwerpunkte unserer Arbeit sollen die Verbesserung der Verkehrssicherheit, Radverkehrsfreundlichkeit und Aufenthaltsqualität am Innsbrucker Platz sowie entlang der Haupt- und Rheinstraße sein.

Für den Friedrich-Wilhelm-Platz soll eine längerfristige Strategie für die Rückgewinnung des Ortes als urbaner und sozialer Raum entwickelt werden. Wir wollen hier beispielhaft prüfen lassen, ob die an den Friedenauer Hauptstraßen verschwundenen Vorgartenbereiche ganz oder in Abschnitten wiederhergestellt werden können.

Tempelhof

Hier haben wir eine städtebauliche Entwicklung des Umfelds des Rathauses Tempelhof (Neue Mitte Tempelhof) angestoßen, bei der es um die Stabilisierung des Tempelhofer Damms als Einzelhandelsstandort, die städtebauliche Aufwertung des Straßenzugs sowie den Wohnungsneubau im ruhigen Innenbereich geht. Aus bezirklicher Sicht wird der sogenannte Kulturbaustein auf dem heutigen Parkplatz nördlich des Rathauses mit Bibliothek, Galerie, Volkshochschule und Musikschulangeboten das Kernangebot sein, das in Tempelhof eine echte kulturelle Mitte schafft.

Die Aufwertung der Parks zwischen Manteuffelstraße und Templerzeile gehört dabei für uns ebenso zum Zukunftsprogramm für den historischen Kern Tempelhoofs wie eine spürbar verbesserte Pflege des stadtbildprägenden, derzeit aber leider stark vernachlässigten Dorfgangers Alt-Tempelhof.

Das Tempelhofer Feld ist Ort der Erholung und Entspannung, der Begegnung und des Sports, aber auch des Gedenkens. Es soll und wird auch zukünftig als Freiraum im Herzen Berlins erhalten bleiben. Wir sind weiterhin der Ansicht, dass eine maßvolle Wohnbebauung am Westrand des Feldes ebenso verträglich wie notwendig ist. Auch könnte das bestehende Defizit an Flächen für den Vereinssport dort ausgeglichen werden, ohne

dass der offene und weitläufige Charakter des Feldes beeinträchtigt werden würde. Im Süden des Tempelhofer Felds wünschen wir uns weiterhin den ursprünglich geplanten S-Bahnhof an der Oberlandstraße, um die Wohn- und Industriebereiche des Tempelhofer Ostens besser an den Schnellbahnverkehr anzubinden.

Die Pläne zur Entwicklung der Marienhöfe an der Attila- bzw. Röblingstraße mit einer Mischung aus Wohnungen und Arbeitsplatzangeboten auf einer Fläche, die vorher weitgehend eine Bahnbrache war, begrüßen wir. Insbesondere das geplante spezielle Flächenangebot an Handwerksbetriebe hilft, eine Angebotslücke zu schließen.

Mariendorf

In Mariendorf steht für uns die städtebauliche Entwicklung des Bereiches Alt-Mariendorf mit Wohnungsbau – beispielsweise in der Reißbeckstraße (ehemalige Straßenerweiterungsflächen) – auf der Tagesordnung.

In der Britzer Straße am Übergang zur Mohriner Allee sollen weitere Wohnungen für junge Familien entstehen.

Wir halten die Entwicklung des ehemaligen Bahngeländes entlang der Röblingstraße bis zur Attilastrasse zu einem gemischten Gebiet für Wohnen und Gewerbe für einen positiven Impuls, der allerdings durch eine Sanierung der Marienhöhe als Erholungsbeereich flankiert werden muss.

Die Entwicklung des Gewerbegebiets Marienpark wird durch den Bau des S-Bahnhofs Kamener Damm gefördert werden, dessen Errichtung durch die Deutsche Bahn nunmehr 2026 vorgesehen ist.

Der Teltowkanal ist eines der signifikantesten Potenziale für die Stadtentwicklung im Bezirk. Als einzige Wasserverbindung im Bezirk bietet der Teltowkanal eine Vielzahl an Entwicklungsmöglichkeiten. Wir fordern eine ganzheitliche Entwicklung des Teltowkanals, die zum Ziel hat, die Flächen entlang des Kanals weiter aufzuwerten. Die Uferbereiche des Kanals sollen frei zugänglich für alle sein. Entlang des Wassers sollen Orte für Sport, Bewegung und Freizeit geschaffen werden. Eine übergeordnete, durchgehende Rad- und Fußwegeverbindung entlang des Teltowkanals soll entwickelt werden.

Der Mariendorfer Hafen spielt eine wichtige Rolle in der Gesamtentwicklung des Teltowkanals. Hier bietet sich die Chance, ein neues zukunftsorientiertes Stadtquartier der kurzen Wege zu entwickeln, welches Wohnen und Arbeiten miteinander verbindet. Ein wichtiger Baustein dabei ist die Entwicklung des Hafenbereichs als Ort mit hoher Strahlkraft für den Bezirk und mit einem am Gemeinwohl orientierten Mehrwert für alle Menschen im Bezirk.

Das Ullsteinhaus ist eines der markantesten Bauwerke im Bezirk mit Wirkung über diesen hinaus. Das Umfeld des Ullsteinhauses bedarf einer weiteren Entwicklung, um den steigenden Flächenbedarfen für Verwaltung, Bildung und Wohnen nachzukommen und sie zu verbinden.



Die Flächen entlang der Ordensmeisterstraße und der Teilestraße bedürfen einer weiteren Qualifizierung, Nachverdichtung und Ausweisung von Flächen für den dringend benötigten Wohnraum im Bezirk.

Marienfelde

Je mehr die Grundstückspreise in den innenstadtnahen Ortsteilen steigen, desto größer wird die Flächennachfrage auch in Marienfelde. Dies weckt Begehrlichkeiten nach der Umwidmung von Gewerbeflächen oder der höheren Ausnutzbarkeit von Wohngrundstücken. Wir wollen Marienfelde als Ort zum Wohnen und Arbeiten erhalten. Dies betrifft insbesondere den Charakter der Wohnsiedlungen, die allenfalls in verträglichem Maße ergänzt werden sollten. Aber auch der Umwidmung von Gewerbe- zu Wohnflächen stehen wir – von kleineren Arrondierungen abgesehen – skeptisch gegenüber.

Bei den gewerblichen Flächen stehen für uns die qualifizierte Weiterentwicklung der Gewerbegebiete an der Motzener Straße und am Nahmitzer Damm für den Mittelstand im Fokus. Das dortige Unternehmensnetzwerk ist für uns ein wichtiger Partner bei der Diskussion von Zukunftsthemen für das Gebiet, aber auch einzelner Firmen.

Daher ist es unerlässlich, dass im Zuge des Baus der Dresdener Bahn an der Buckower Chaussee ein Regionalhaltepunkt entsteht. Pendler*innen des Wirtschaftsstandortes Motzener Straße, Geschäftsreisende und Bürger*innen des Einzugsgebietes werden diesen Bahnhof intensiv nutzen, um z.B. zum Flughafen BER oder ins Umland fahren zu können. Die SPD wird darauf hinwirken, dass die Planung der Bahn unmittelbar erfolgt und nicht auf nach 2025 verschoben wird.

Für den Verkehrsknoten Friedenfelser Straße - Nahmitzer Damm wollen wir eine Entzerrung des für alle belastenden Verkehrsgeschehens erreichen. Da die Logistikzentren rund um Großbeeren ein wesentlicher Faktor der Verkehrsbelastungen sind, wird es dabei auch auf eine länderübergreifende Initiative mit dem Landkreis Teltow-Fläming ankommen.

Die Marienfelder Feldmark mit dem Vogelschutzgebiet, dem Landschaftsschutzgebiet „Wäldchen am Königsgraben“, den Biotopen und dem angrenzenden Freizeitpark Marienfelde sind wichtige Naherholungsgebiete für den bezirklichen Süden. Deshalb wollen wir, dass das Landschaftsschutzgebiet endlich durch die zuständige Senatsverwaltung erweitert wird. Hier haben wir bereits erreichen können, dass auch das Gelände der ehemaligen Bezirksgärtnerei am Diedersdorfer Weg naturnah entwickelt wird, um einen gemeinsamen Grünraum zu schaffen. Wir wollen die dort ansässige Naturwacht weiterhin sichern und ein ganzjähriges umweltpädagogisches Angebot durch ein neu zu schaffendes Umweltbildungszentrum gewährleisten.

Lichtenrade

Die im Wortsinne einschneidendste Maßnahme in Lichtenrade ist der Bau der Dresdener Bahn, der entgegen dem ausdrücklichen Wunsch der Lichtenrader Anrainer*innen oberirdisch erfolgt. Baulärm, Schmutz und staugefährdete Umleitungen werden irgendwann verschwinden, die Bahntrasse jedoch bleibt. Ihre trennende Wirkung wird man auch mit ausgefeiltem Städtebau nie ganz beseitigen können. Dennoch werden wir uns darum bemühen, das Beste daraus zu machen.

Der von uns maßgeblich mit angestoßene „Aktive-Zentren“-Prozess für die Bahnhofstraße wird von uns weiter unterstützt und die in Abstimmung mit der Bürgerschaft erarbeiteten Handlungskonzepte für die Geschäftsstraße werden umgesetzt. Im Wesentlichen soll die Attraktivität der Einkaufsstraße durch die Aufenthaltsqualität und das Erscheinungsbild gesteigert werden. Aber auch das bestehende Angebot des Einzelhandels soll durch Förderungen, die den Einzelhandel ergänzen und Begegnungen der Lichtenradener*innen ermöglichen, erweitert und gestärkt werden. Dazu könnten beispielsweise gastronomische oder kulturelle Einrichtungen beitragen. Die Mittel aus dem „Aktive-Zentren“-Programm, das als „Programm Lebendige Zentren und Quartiere“ neu aufgelegt wurde, eröffnen Handlungsmöglichkeiten, die ein normaler Bezirkshaushalt nie darstellen könnte.

Auch während der Bauphase bedürfen die ansässigen Gewerbetreibenden unserer besonderen Unterstützung.

Die „Alte Mälzerei“ und ihr Umfeld mit den Komponenten Stadtplatz, Landhaus, Lebensmittelmarkt, Mälzerei ist eines der Beispiele für neue Impulse an historischem Ort. Der Bezirk hat hier mit Eigenmitteln und Geld aus dem „Aktive-Zentren“-Programm die Stadtteilbibliothek, die Musik- sowie die Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg und das Experimentarium, ein Kindermuseum, in das Gebäude der Alten Mälzerei integriert und damit einen Anziehungspunkt an der Bahnhofsstraße geschaffen, der auf die traditionelle Einkaufsstraße belebend ausstrahlt.

Lichtenrade ist der Ortsteil des Bezirks, in dem anteilig die meisten älteren Menschen wohnen. Dies spiegelt sich allerdings in den Freizeitangeboten, beim Wohnungsangebot, bei den Mobilitätsmöglichkeiten oder der Gesundheitsversorgung nicht recht wider. Wir wollen, dass sich das Bezirksamt der Perspektive der Senior*innen insbesondere in Lichtenrade stellt und deren Interessen verstärkt in den Blick nimmt.

Grünanlagen & Naturschutz

Pflege und Schutz unseres Stadtgrüns

Grünanlagen, Parks, Kleingärten und Spielplätze laden zur Erholung, zum Sport und zur individuellen Freizeitgestaltung ein. Unser Bezirk verfügt über fast 600 Hektar Erholungsflächen, die nicht nur das Stadtbild auflockern, sondern auch wichtige klimatische Funktionen erfüllen.

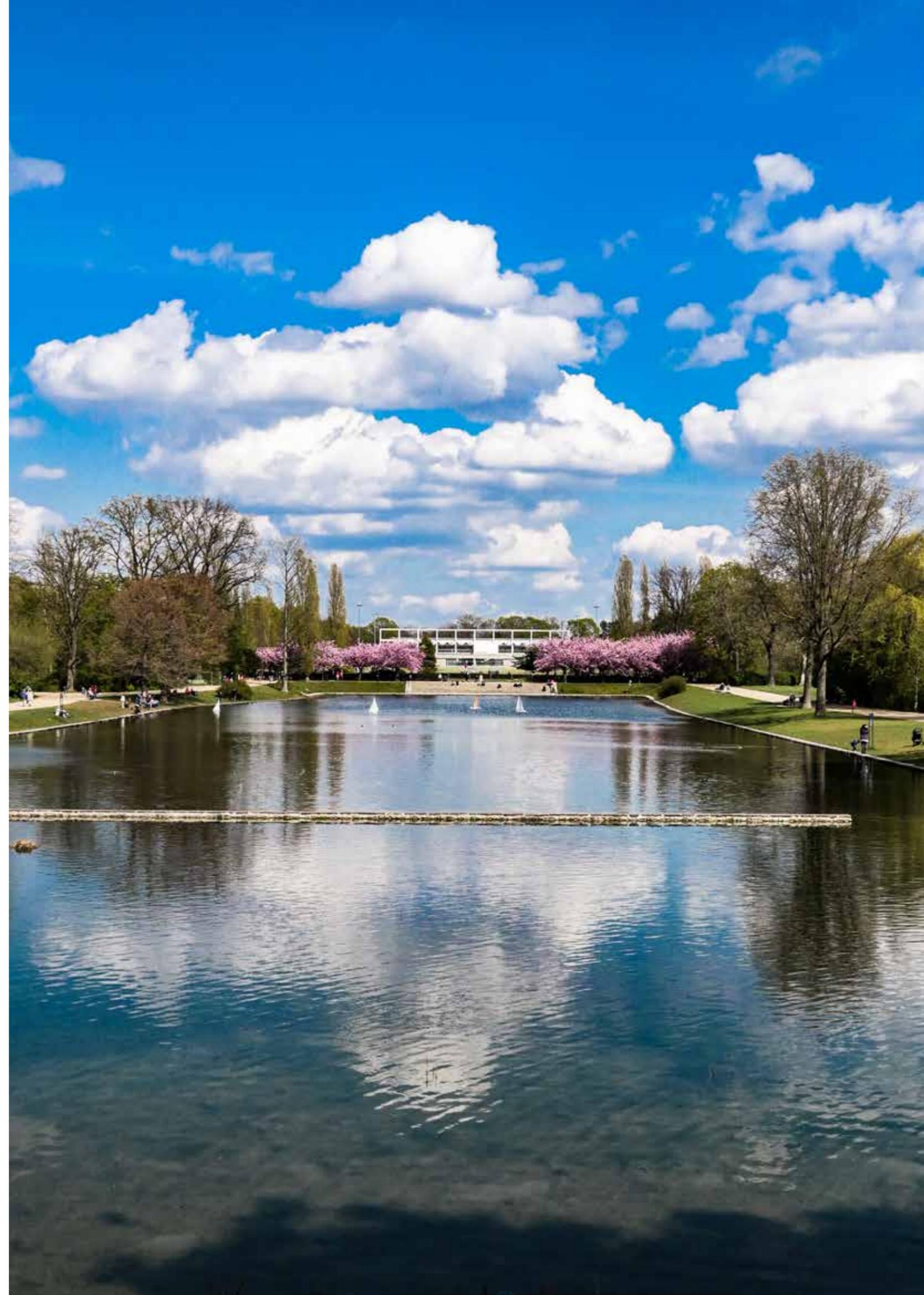
Entgegen dem vielfach geäußerten Eindruck wurde der Bestand an öffentlichen Grünflächen in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Augenfälligstes Beispiel ist das Tempelhofer Feld. Aber auch der Gleisdreieck-Park und die Grünflächen entlang der S-Bahn wie der Mezitli-Park oder der Grünzug Torgauer Straße stehen für diese positive Entwicklung.

Neben der Erschließung neuer Grünflächen wurde in die Pflege und Erneuerung bestehender Anlagen investiert. Der Blümelteich im Volkspark Mariendorf wurde saniert, die Parks in der Tempelhofer Mitte wurden bzw. werden konzeptionell überarbeitet und der Pflanzenbestand aufgefrischt, der Heinrich-Lassen-Park in Schöneberg bekam eine neue Wegeführung und einen neuen attraktiven Spielplatz. Die Marienhöhe in Mariendorf ist eines der nächsten größeren Projekte.

Wir wollen grundsätzlich alle Grünflächen im Bestand schützen und private Investoren bei Neubauvorhaben zur Schaffung neuer Grünflächen oder Sanierung vorhandener Anlagen verpflichten. Zur Schonung von Grünflächen und wohnungsnahen Grüns favorisieren wir Konzepte des flächensparenden Bauens und die Umnutzung bestehender Nutzflächen. Wir sprechen uns dennoch für eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes aus. Dies gilt nicht nur für Wohnungsbau in städtischer bzw. genossenschaftlicher Regie, sondern auch für die Schaffung neuer Sportflächen.

Viele Bürger*innen engagieren sich bereits bei der Pflege von Grünflächen. Vereine wie am Volkspark Lichtenrade oder in der Gartenstadt Neu-Tempelhof finden unsere Anerkennung und Unterstützung, ohne dass damit der Bezirk aus seinen Pflichten entlassen werden darf. Bürger*innen können auch durch Pflegevereinbarungen mit dem Bezirksamt ihr Wohnumfeld schöner gestalten, etwa durch die Übernahme von Patenschaften für Baumscheiben.

Die mangelnde Pflege des öffentlichen Grüns, das Verschwinden von Schmuck- und Blumenbepflanzung zugunsten von pflegeleichten Rasen- und Strauchpflanzungen, die Vermüllung und der ärgerliche Vandalismus an Pflanzen, Parkbänken und Laternen machen das Wohnumfeld unattraktiv und sind letztendlich ein Kulturverlust. Hier müssen Land und Bezirk dringend mehr Geld aufwenden. Wir wollen die Aufenthaltsqualität in unseren Parks steigern. Deshalb möchten wir prüfen, wo die Erhöhung des Reinigungssturnus möglich ist und Stück für Stück höhere Reinigungsintervalle umsetzen. Müllbehälter sollen in Signalfarben in unseren Parks aufgestellt werden, um Menschen



stärker darauf aufmerksam zu machen. Unsere Grünanlagen brauchen zudem mehr und intakte Bänke. Radschnellwege sollten, wenn möglich, um Grünanlagen herumgeplant werden, um Parkbesucher*innen keiner Gefährdung auszusetzen. Eine Privatisierung von Parks lehnen wir ab.

Nach der Kita verbringen viele Eltern mit ihren Kindern die Freizeit auf Spielplätzen. In den vergangenen Jahren wurden in Tempelhof-Schöneberg über 40 Spielplätze neu gebaut, saniert und für Kinder sicherer gemacht. Die Professionalität bei der Umsetzung und die Begleitung des Prozesses durch die bezirkliche Spielplatzkommission haben dazu geführt, dass Tempelhof-Schöneberg im Berliner Vergleich die höchsten Investitionen in Spielplätze vorgenommen hat. Das wollen wir beibehalten!

Barrierefreiheit ist auch und gerade im öffentlichen Raum unser Anspruch. Hierzu gehört der Zugang zu Märkten, Friedhöfen, Grünflächen und Spielplätzen mit inklusiven Spielgeräten ebenso wie zu Kunst, Gedenken oder Naturerleben mithilfe von barrierefrei gestalteten Informationstafeln, beispielsweise mit Brailleschrift und/oder digitaler Unterstützung.

Tempelhof-Schöneberg hat rund 35.000 Straßenbäume. Das sind allerdings 750 weniger als 2016. 2020 war das erste Jahr seit langem, in dem der Schwund gestoppt werden konnte. Das ist zum einen der Bewilligung von mehr Mitteln im Bezirkshaushalt für Baumpflanzungen zu verdanken und zum anderen der Spendenbereitschaft von Bürger*innen des Bezirks im Rahmen der Stadtbaumkampagne. In den kommenden Jahren muss der langjährige Trend umgekehrt werden und es müssen mehr Bäume gepflanzt werden als verloren gehen. Dabei muss die Pflanzung von Arten im Vordergrund stehen, die den phasenweisen Wassermangel aufgrund des sich wandelnden Klimas besser überstehen.

Die größte Herausforderung im Bereich des Naturschutzes ist der Klimawandel, der sich in unserem Bezirk besonders bei den Oberflächengewässern bemerkbar macht. Manch ein eiszeitlicher Pfuhl ist schon ausgetrocknet oder verlandet. Alle Pfuhle und Teiche leiden unter Wassermangel, dem nur durch Frischwasserzufuhr zu begegnen ist. Mit dem langsamen Verschwinden der Gewässer wird der Lebensraum für Amphibien und Wasser- bzw. Uferpflanzen immer geringer. Hier drängen wir bereits auf ein Wassermanagement, das insbesondere durch Nutzung des Niederschlagswassers die Lebensfähigkeit dieser Biotope erhält.

In der vergangenen Wahlperiode ist es gelungen, die Naturschutzstation Marienfelde mit den Angeboten des Natur-Rangers zu sichern und einen langfristigen Vertrag zum Betrieb der Station mit dem gemeinnützigen Naturwacht Berlin e.V. zu schließen. Als nächster Schritt wird das Gelände in Marienfelde ganz offiziell zu einem Landschaftsschutzgebiet erklärt und um das Grundstück der ehemaligen Bezirksgärtnerei erweitert werden.

Die Kleingartenflächen des Bezirks wecken vor dem Hintergrund des Wohnungsmanagements zunehmend Begehrlichkeiten. Die SPD Tempelhof-Schöneberg bekennt sich zum jüngst überarbeiteten Kleingartenentwicklungsplan, der den Bestand von Kleingärten auf kommunalen Flächen im Bezirk als dauerhaft gesichert festsetzt. Die wenigen Aus-

nahmen betreffen durchweg Projekte der sozialen Infrastruktur wie vor allem Schulen. Die betroffenen Kleingärten sollen nur in Anspruch genommen werden, wenn der Schulbau gesichert ist und kurz bevorsteht. Den Kleingartenpächter*innen soll in Zusammenarbeit mit ihren Bezirksverbänden ein Ersatzangebot gemacht werden, auch wenn es nicht immer eine tröstliche Alternative ist, mit einem Garten von vorne anfangen zu müssen.

Kleingartenflächen auf privatem Grund sind deutlich stärker im Bestand gefährdet als diejenigen auf städtischen Grundstücken. Hier wollen wir im Rahmen der Möglichkeiten den Bestandsschutz durch Bebauungspläne erhöhen.

Ein Mobilitätsmix, der die Schwächsten schützt und die Stadt entlastet

Tempelhof-Schöneberg ist zugleich ein Innenstadtbezirk und ein Randbezirk. Mobilität ist einer der Bereiche, in dem die Unterschiede im Bezirk sehr deutlich werden. Während der Innenstadtbereich des Bezirks sehr gut mit Mobilitätsangeboten versorgt ist, ist der südliche Bereich unterversorgt mit Sharing- und Leihangeboten, Radwegen und anderen Mobilitätsangeboten.

Eine sozialdemokratische Mobilitätspolitik orientiert sich an den schwächsten Verkehrsteilnehmer*innen, um die Situation für alle besser zu machen.

Teilhabe an Mobilität bedeutet für uns, von Anfang an Mobilitätsangebote einzuplanen. Jedes Neubaugebiet muss ein Mobilitätskonzept vorlegen, das auch einen Anschluss an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) vorsieht sowie alternative Verkehrsmittel wie Fahrräder und bedarfsgerechte, sichere Fußwege. Wo es möglich ist, sollen die Sharing- und Leihangebote besonders in die Randbereiche des Bezirks ausgeweitet werden. Hierfür sollen bezirkliche Zentren identifiziert werden, wie z.B. die Bahnhofstraße in Lichtenrade, wo neue Formen der Mobilität weiter gefördert werden und mobility hubs gebildet werden sollen.

An Knotenpunkten des ÖPNV, an denen z.B. die U-Bahn endet und der weitere Transport mit Bussen erfolgt, setzen wir uns für eine bessere Taktung und ein durchgehendes Angebot ein. Die U-Bahnlinie 6 als Hauptzubringer für Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade würde von einer Taktverdichtung ganz besonders profitieren.

Die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum geht Hand in Hand mit der Umsetzung der Mobilitätswende und insbesondere des Fußverkehrskonzepts. Wir werden uns verstärkt für den barrierefreien Umbau von Fußwegen und Kreuzungsbereichen sowie die Aufrüstung von Lichtsignalanlagen einsetzen. Dazu gehört auch eine Überprüfung von zu kurzen Ampelphasen. Für die Abarbeitung der vom Beirat von und für Menschen mit Behinderungen erarbeitete Prioritätenliste zur Bordsteinabsenkung bedarf es ausreichender personeller und finanzieller Mittel.

Wir fordern die barrierefreie Zugänglichkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs inklusive Bushaltestellen. Einen Schwerpunkt sollen dabei insbesondere die Haltestellen in der Nähe von öffentlichen Gebäuden sowie wichtige Umsteigeknotenpunkte bilden.

Um sich möglichst frei durch die Stadt bewegen zu können, stellt ein dichtes Netz an öffentlichen barrierefreien Toiletten für viele Menschen ebenfalls eine wichtige Voraussetzung dar. Davon profitieren neben Menschen mit Mobilitätseinschränkungen auch sehr viele Senior*innen, ebenso wie Menschen, die mit kleinen Kindern unterwegs sind.

Bei dem Ausbau von Radschnellwegen und anderen übergeordneten Radwegen wie die Radialroute 11 darf Tempelhof-Schöneberg nicht übergangen werden. Parallel dazu setzt sich die SPD Tempelhof-Schöneberg für die Planung und den Ausbau des Nebenroutennetzes im gesamten Bezirk und besonders in Lichtenrade ein.

Wir setzen uns für eine zügige Abarbeitung der verschiedenen Prioritätenlisten ein, z.B. die Prioritätenlisten zur Absenkung der Bordsteine und zur Einführung neuer „Zebra“-Streifen. Fußwege wollen wir konsequent durch bauliche Sanierungen verbessern, aber auch durch die Freihaltung der Gehwegbereiche für den Fußverkehr. Für neue Mobilitätsformen wie E-Roller müssen alternative Abstellplätze gefunden werden.

Berlin ist eine Stadt, die bei der Mobilitätsinfrastruktur von Anfang an erfolgreich auf ein Ringsystem – kombiniert mit sternförmigen Verbindungen – gesetzt hat. So wird in Berlin sichergestellt, dass alle Kieze mit kurzen und schnellen Verbindungen erschlossen sind. Mittlerweile sind auch die Randbezirke dicht besiedelt, so dass Busverbindungen in ihrer Kapazität ausgelastet sind. Wir begrüßen die Planung der U-Bahnlinie Steglitz – Lankwitz und somit eine dringend notwendige Anbindung des südlichen Bereichs des Bezirks an das Zentrum Steglitz. Eine Fortführung der U-Bahn von Lankwitz bis nach Marienfelde können wir uns sehr gut vorstellen. Bis zur Einweihung des neuen U-Bahnabschnittes setzen wir uns für eine Metro-Buslinie ein, die eine belastbare Ost-West-Verbindung für Lichtenrade darstellt.

Wichtig für den südlichen Teil unseres Bezirks ist auch die Verlängerung der U6 vom End-Bahnhof Alt-Mariendorf bis zur Bahnhofstraße. Unser Ziel ist es, dass die Grundlagenplanung möglichst noch in dieser Legislaturperiode angefangen wird.

Für eine bessere Auslastung der S-Bahn und der Kieze entlang der S-Bahnlinien durch den Bezirk unterstützen wir die Planungen für die zusätzlichen S-Bahnhöfe am Kamener Damm, an der Oderstraße (Oberlandstraße) sowie an der Kolonnenbrücke (Kolonnenstraße/Dudenstraße) und fordern die baldige Umsetzung. Außerdem fordern wir den Ausbau des Haltepunktes Buckower Chaussee zu einem Regio-Halt.

Der Teltowkanal ist eine markante Linie im Bezirk. Die angrenzenden Bezirke Steglitz-Zehlendorf und Neukölln haben den Teltowkanal schon genutzt, um den Bereich als Naherholungsgebiet und für Wander- und Radwegeverbindung auszubauen. Auch für Tempelhof gibt es Potenziale, die Uferbereiche als Wegeverbindung auszubauen und im Umfeld Wohn- und Gewerbegebiete auszubauen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Fuß- und Radwege im Bezirk verbessert und weiter ausgebaut werden. Einen wichtigen Baustein bildet hierbei der Teltowkanal. Hier soll eine durchgehende Ost-West-Radwege-Verbindung entlang einer Seite des Ufers des Teltowkanals entstehen.

Lebensqualität muss unabhängig von Einkommen und sozialem Status gewährleistet sein. Lärm und Luftverschmutzung sind nachweislich gesundheitsschädlich. Viel zu oft werden Wohnungen mit einem geringeren Mietpreis direkt an Hauptverkehrsstraßen gebaut, als Lärm- und Schmutzriegel für die teureren Wohnungen dahinter. Wir setzen uns dafür ein, dass die Lärmbelastung und Luftverschmutzung an Hauptverkehrsstraßen weiter gesenkt werden. Dafür müssen die Maßnahmen des Luftreinhalteplans im Bezirk umgesetzt werden. Deswegen engagieren wir uns für weitere Tempo-30-Bereiche auf den Hauptverkehrsstraßen.



Wohngebiete sollen weiter vom Durchgangsverkehr entlastet werden. Wir begrüßen Vorschläge wie die Aufteilung der Gartenstadt Neu-Tempelhof in Zonen, die durch Modalfilter abgetrennt sind und nur bestimmte Mobilitätsarten, z.B. Zweiradverkehr und Fußverkehr, passieren lassen, so dass keine direkte Durchfahrt möglich ist.

In Berlin kann man an vielen Ecken noch die Auswirkungen der „autogerechten Stadt“ sehen. Auch in Tempelhof-Schöneberg gibt es noch sehr großzügig geplante Kreuzungen und Verkehrssituationen, die in erster Linie auf den Autoverkehr ausgerichtet sind. Der Modalsplit in Berlin, d.h. die Aufteilung der Mobilität nach Mobilitätsarten, z.B. Fußverkehr oder Radverkehr, verschiebt sich jedoch immer mehr zu Gunsten des Fuß- und Radverkehrs sowie des ÖPNV. Der öffentlich verfügbare Verkehrsraum muss auch in unserem Bezirk neu aufgeteilt werden. Kreuzungen wie z.B. der Nollendorfplatz, der Platz an der Urania oder auch am Kleistpark seien hier beispielhaft genannt.

Täglich kommt eine sechsstellige Anzahl Pendler*innen über die B96 in die Stadt, um in Berlin zu arbeiten oder kulturelle Angebote der Stadt zu erleben. Viele umweltbewusste Brandenburger*innen parken ihre Fahrzeuge in der näheren Umgebung der S-Bahnhöfe Lichtenrade und Schichauweg. Leider führt das zu einer Belastung im Umfeld der Bahnhöfe bis in die Wohngebiete hinein. Unser Ziel ist es, die Pendler*innen soweit wie möglich auf die Regionalbahnangebote und den ÖPNV umzuleiten. Im Zuge der Berliner Mobilitätswende muss darüber nachgedacht werden, u.a. auch ausreichende Park+Ride Möglichkeiten zu schaffen. Zusätzlicher Pendlerverkehr, der neben Platz vor allem Lärm und Luftbelastung nach Berlin bringt, soll vermieden werden. Aber auch den Tempelhof-Schöneberger*innen soll ein sehr gutes Angebot im Rahmen des ÖPNV im Verkehrsverbund gemacht werden, so dass die Anzahl der Autos pro Haushalt weiter sinkt. Wir begrüßen ausdrücklich Initiativen der Bahn für den Ausbau der Pendlerstrecken in und um Berlin wie z.B. i2030 („Mehr Schiene für Berlin und Brandenburg“).

Hauptverkehrsstraßen wie die Martin-Luther-Straße, die Dominicusstraße, der Tempelhofer Damm, der Mariendorfer Damm, der Lichtenrader Damm, die Großbeerenstraße, die Potsdamer Straße, die Hauptstraße und die Rheinstraße gehören zu den höchst belasteten Straßen in ganz Berlin. Wir wollen die Belastung durch motorisierten individuellen Verkehr verringern und gleichzeitig den Rad- und Fußverkehr fördern und sicherer gestalten. Dazu wollen wir Konzepte entwickeln, die zugleich die Aufenthaltsqualität erhöhen, so dass die lokalen Zentren weiter belebt werden.

Im Rahmen einer Umgestaltung des Straßenraumes Potsdamer-, Haupt- und Rheinstraße fordern wir ein neues Konzept für den öffentlichen Nahverkehr. Mögliche Ideen können eine Busspur in Mittellage umfassen, den Bau einer Straßenbahnstrecke vom Potsdamer Platz nach Steglitz oder die Umsetzung der U10.

Für den Tempelhofer Damm und den Mariendorfer Damm wurden in den letzten Jahren schon Verbesserungen erreicht, z.B. durch Tempo-30-Bereiche und ein Pilotprojekt für eine Fahrradspur. Diese Konzepte unterstützen wir und fordern weitere Verbesserungen.

Die gesellschaftliche Bilanz der Mobilität umfasst den schnellen und zuverlässigen Transport mit allen Verkehrsmitteln und dessen Kosten. Deswegen setzen wir uns für

eine bessere Taktung des ÖPNV und eine deutliche Bezifferung der gesellschaftlichen Kosten der jeweiligen Transportmittel ein. Individueller Transport kostet hinsichtlich Flächenverbrauchs und Klimaaspekten deutlich mehr als gemeinsam genutzter ÖPNV. Auch deswegen fordern wir die Ausdehnung des Anwohnerparkens und der Parkraumbewirtschaftung im S-Bahn-Ring und darüber hinaus. Die Busspuren im Bezirk müssen verlängert und zeitlich nach Bedarf ausgeweitet werden, so dass dem ÖPNV weiterhin Vorrang gewährt wird. Die Umwandlung von Autospuren in geschützte Radwege begrüßen wir.

Sicherheit betrifft bei Verkehrsthemen in erster Linie den Fußverkehr, Radverkehr und vor allem junge und ältere Verkehrsteilnehmer*innen. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit gilt für alle. Soziale Mobilitätspolitik muss darauf ausgerichtet sein, Unfallschwerpunkte zu beseitigen und vor allem Verkehrssituationen sicherer und übersichtlicher zu machen, bevor ein Unfall passiert.

Zu Fuß gehen muss sicher sein – für alle: Eckenparker*innen, E-Roller und sonstige Hindernisse müssen verstärkt kontrolliert und Verstöße geahndet werden. Gehwege müssen so ertüchtigt werden, dass sie keine Gefahr oder Hindernisse für Menschen mit beeinträchtigter Mobilität darstellen. Wege und Orte im öffentlichen Raum müssen ausreichend beleuchtet sein. Radfahren oder Rollerfahren auf Gehwegen ist kein Kavaliersdelikt und muss stärker kontrolliert werden – für mehr Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen.

Wir setzen uns für Projekte wie „Zu Fuß zur Schule“ ein und für die Absicherung der Schulwege. Hierbei kann die Umwidmung von Nebenstraßen abschnittsweise in Fußgänger- und Fahrradzonen die Sicherheit erhöhen. Verkehrsschulen sind aus Sicht der SPD ein wichtiger Bestandteil zur Verkehrserziehung, den wir unterstützen.

Um die Situation für den Fuß- und Radverkehr sicherer zu machen, wollen wir bezirkliche Gremien wie den FahrRat stärken. Für die Umsetzung der Ergebnisse aus den beratenden Gremien drängen wir auf einen weiteren Ausbau des bezirklichen Nebenroutenkonzeptes und eine Erstellung eines Fußwegekonzeptes. Beides soll das übergeordnete, landesweite Radwegenetz und das zu erstellende Fußwegenetz ergänzen.

Wir treiben zudem auch den zügigen Infrastrukturausbau für den ruhenden Radverkehr voran. Dazu gehören vor allem sichere Abstellmöglichkeiten für Räder an wichtigen Halte- bzw. Umsteigepunkten vom Rad auf andere Verkehrsmittel (Radbügel oder ähnliches) oder vor öffentlichen Einrichtungen und deren regelmäßige Pflege und Freihaltung. Wir fordern eine digitale Lösung für die Meldung von „Wunschkügelstandorten“ durch Radfahrende, um aufkommende Bedarfshäufungen schneller feststellen und diesen entsprechen zu können.

Die Einrichtung von Fahrradstraßen wollen wir weiter voranbringen, zumal die StVO nun endlich die rechtliche Umsetzung geregelt hat. Die SPD setzt sich für die Umsetzung der geplanten Fahrradstraße im Bezirk ein, weitere mögliche Fahrradstraßen sollen geprüft werden. Ein verkehrliches Miteinander von Radverkehr, Fußverkehr, ÖPNV, Anwohner- und Lieferverkehr ist dabei der Maßstab.

**EIN VIELFÄLTIGER UND
SOZIALER BEZIRK**

Der Bezirk als Partner in allen Lebensabschnitten

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Familien gerne in Tempelhof-Schöneberg leben und sich hier wohlfühlen. Für uns ist Familie dort, wo Menschen füreinander dauerhaft Verantwortung übernehmen, Sorge tragen, Zuwendung schenken und Generationen füreinander einstehen. Ob alleinerziehend, als Regenbogenfamilie, mit zwei Müttern oder zwei Vätern, gemeinsam mit Großeltern oder in Pflegefamilien – jede Familie findet Unterstützung und Förderung in Tempelhof-Schöneberg. Damit Familien Verantwortung tragen können, bedarf es einer Infrastruktur mit vielfältigen Angeboten in öffentlicher oder in freier Trägerschaft.

Unser Jugendamt bietet Kindern, Jugendlichen und Eltern beste Unterstützung. Die Erziehungs- und Familienberatung, Kinder- und Jugendreisen, Elterngeld, Kitagutscheine, Jugendhilfe an Schulen oder unsere Jugendfreizeiteinrichtungen verdeutlichen das vielfältige Angebot.

Mit dem „Haus der Gesundheit und Familie“ in der Rathausstraße wurde eine zentrale Anlaufstelle geschaffen, in der Familien einen schnellen und effektiven Überblick der unterschiedlichen Leistungen bekommen. Wir wollen auch künftig die wichtige Arbeit des Jugendamtes hervorheben. Es geht darum, Ängste und Hemmschwellen abzubauen. Wir wollen ein Jugendamt, das als fester Partner verstanden wird. Deshalb wollen wir zusätzlich in jeder Region ein Familienservicebüro einrichten. Es soll die Anlaufstelle in der Region für alle Leistungen des Jugendamtes sein, aber auch passende Angebote für Familien vermitteln. Wir setzen uns auch weiterhin für eine bessere Bezahlung des Personals im Jugendamt ein.

Tempelhof-Schöneberg hat ein gutes und breites Angebot an Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder bis sechs Jahre. Auch in unserem Bezirk hat jedes Kind Anspruch auf einen gebührenfreien Tagespflege- oder Kita-Platz. Nach Realisierung der Gebührenfreiheit steht der Kitaplatzausbau mittlerweile an der ersten Stelle. In der Mariendorfer Rathausstraße entsteht in den nächsten Jahren ein Kitaneubau, um auf die steigenden Bedarfe reagieren zu können.

Flexible Öffnungszeiten für Eltern im Schichtdienst oder mit späten Arbeitszeiten sind dabei sehr wichtig. Deshalb setzen wir weiter auf einen Mix der Angebote: Tagesmütter und -väter, Tagesgroßpflegestellen, Kinderläden, Kindertagesstätten in öffentlicher oder freier Trägerschaft.

Familienzentren sind Orte des Austausches, der Beratung und Bildung. Tempelhof-Schöneberg ist mit den Familienzentren in Marienfelde, Tempelhof, im Schöneberger Norden und in Friedenau im Landesprogramm vertreten.

Wir unterstützen den Ausbau des Netzwerks Frühe Hilfen. Dort wird der präventive Kinderschutz gemeinsam mit relevanten Institutionen und Freien Trägern koordiniert und umgesetzt. Durch das Netzwerk wird der Schwerpunkt auf Prävention gelegt und der Zugang für Familien zu Unterstützungsangeboten erleichtert. Wir unterstützen die Fortschreibung des bezirklichen Rahmenkonzepts und die Stärkung von Ehrenamtsstrukturen unter Beteiligung der Familienzentren.

Verantwortungsvolle Familien sind Ziel der Kinder- und Jugendhilfe. Familien in schwierigen Lebensphasen finden im Jugendamt Unterstützung. Gemeinsam müssen die passenden Angebote gefunden werden.

Kinder müssen geschützt werden, wenn sie vernachlässigt oder misshandelt werden. Das Kindeswohl verlangt vom Jugendamt mitunter weitreichende und einschneidende Entscheidungen. Damit die richtigen Entscheidungen im Jugendamt gefällt werden können, Familien die richtige Hilfe bekommen und Kinder geschützt werden, wenn sie in Gefahr sind, muss der Bereich auch künftig personell angemessen ausgestattet sein. Im Jugendhilfeausschuss Tempelhof-Schöneberg wird monatlich zur Personalsituation in den Regionalen Sozialen Diensten berichtet. Die Unterstützung des Bezirksamts bei der weiteren Verbesserung der personellen Ausstattung bleibt unser zentrales Ziel zur Stärkung des Kinderschutzes.

Die Stärkung der Jugendfreizeiteinrichtungen ist uns ein besonderes Anliegen. Gute Jugendarbeit ist nicht nur ein starker Schutz gegen jede Form von Extremismus. Kinder und Jugendliche sollen im geschützten Raum basteln, malen, sich erproben und gestalten, abhängen, sich verlieben, tanzen, schauspielern oder musizieren, Sport treiben, auf Gedenkstättenfahrten lernen und vieles mehr.

Tempelhof-Schöneberg hat die Jugendfreizeiteinrichtungen in den letzten Jahren durch mehr Personal und finanzielle Unterstützung gestärkt. Diesen Weg setzen wir konsequent fort. In Zukunft wollen wir weitere bauliche Verbesserungen der Einrichtungen in den Blick nehmen. Nur dort, wo es gut aussieht, können sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen. Nicht hinnehmbar ist, wenn Räume in Freizeiteinrichtungen nicht nutzbar sind. Die Situation in der JFE „Die Burg“ in Friedenau sowie dem „Haus of Fun“ in Marienfelde ist nicht mehr hinnehmbar. Nötige Investitionen müssen mit höchster Priorität vorangetrieben werden. Bauliche Sanierungen schaffen Möglichkeiten für neue Kooperationen und Angebote, gerade mit Schulen im Nachmittags- und Abendbereich. Wir setzen uns deshalb für den barrierefreien Umbau von kommunalen Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen ein und fördern inklusive Angebote, damit alle Kinder und Jugendlichen die gleichen guten Bedingungen zum Aufwachsen, Spielen und Lernen haben.

Selbstbestimmte und selbstorganisierte Jugendarbeit hat für uns einen besonderen Wert, egal, ob sie laut oder leise ist. Deshalb sollen selbstverwaltete Jugendprojekte weiterhin unterstützt werden. Dazu gehört für uns auch, die notwendigen Räume zu schaffen.

Wir stehen für den Bau eines „Haus der Jugend“ und wollen in Schöneberg einen Ort schaffen, an dem Angebote für Kinder und Jugendliche, Jugendarbeit ebenso wie Ju-

gendhilfe, gebündelt und verstärkt werden. Das Haus der Jugend soll lebendig gestaltet sein: von der offenen Kinder- und Jugendarbeit über Angebote in Multimedia, Musik, Theater bis zur Entwicklung spezieller Projekte, die sich an die unterschiedlichen Altersgruppen richten, einschließlich selbstverwalteter Jugendarbeit. Die Bezirksverordnetenversammlung hat das „Haus der Jugend“ beschlossen, die Realisierung hat für uns höchste Priorität.

Kinder und Jugendliche haben in Tempelhof-Schöneberg die Möglichkeit, ihren Vorstellungen und Wünschen Gehör zu verschaffen. Wir stehen dazu, das Kinder- und Jugendparlament weiter zu stärken. Es ist der Ort zum Austausch von Ideen und ein wichtiger Impulsgeber für die Bezirksverordnetenversammlung geworden. Zugleich unterstützt das Kinder- und Jugendparlament junge Menschen, eigene Argumente vorzutragen und Kompromisse einzugehen. Das Kinder- und Jugendparlament Tempelhof-Schöneberg genießt mittlerweile bundesweit Anerkennung und strahlt mit seinem Vorbildcharakter weit über den Bezirk hinaus aus. Wir sind der Überzeugung, dass es unsere Aufgabe ist, sich ernsthaft im Gespräch sowie in Ausschüssen und in der Bezirksverordnetenversammlung mit den Fragen und Anliegen von Kindern und Jugendlichen auseinanderzusetzen. Wir wollen die Möglichkeiten zur Teilhabe – beispielsweise mit der Organisation von Jugenddemokratiekonferenzen – weiterentwickeln. Diese Idee richtet sich besonders an Schüler*innen der unterschiedlichen Jahrgangsstufen und wird pädagogisch professionell begleitet. Dabei sollen sich Kinder und Jugendliche ganz konkret mit ihrem schulischen Umfeld auseinandersetzen und in Begleitung eines Kinder- und Jugendbüros Ideen entwickeln, um dieses zu verbessern. Vorhandene Strukturen und Gremien, beispielsweise der Schüler*innenvertretung, wollen wir stärken und geeignete Maßnahmen zum Ausbau der Beteiligung und der Wahlbeteiligung vorschlagen und umsetzen.

Die Verwaltung muss verpflichtet werden, bei jeglichem Verwaltungshandeln die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorzusehen, nicht nur im Bereich der Stadtentwicklung. Wir wollen ein Verfahren erarbeiten, dass diese Beteiligung bei allen Themen formalisiert, die Kinder und Jugendliche in ihren Lebensbereichen berühren.

Wir wollen, dass alle Kinder und Jugendlichen in unserem Bezirk gleiche Möglichkeiten und Chancen haben. Geschlecht, unterschiedliche soziale Herkunft, Hautfarbe, Beeinträchtigung, sexuelle Identität, Religion, kulturelle Erfahrungen und verschiedene Lebensentwürfe der Eltern sind eine Bereicherung. In Kita, Schule sowie Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung wollen wir Aufgeschlossenheit und Akzeptanz als Grundsatz des gesellschaftlichen Miteinanders befördern. Wir stehen für eine inklusive Kinder- und Jugendpolitik, die jungen Menschen mit Beeinträchtigung die gleiche Teilhabe an den Angeboten ermöglicht. Kinder aus Krisen- und Kriegsgebieten finden hier ein neues Zuhause. Für sie ist und bleibt Tempelhof-Schöneberg ein sicherer Hafen.



Gute Voraussetzungen für das Lernen

Die SPD hat sich in Berlin und in Tempelhof-Schöneberg konsequent für eine Bildungspolitik eingesetzt, die alle Familien unterstützt. Gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule ist für uns nicht verhandelbar. Eine gute Bildungspolitik ist zentral beim Abbau sozialer Barrieren und eröffnet Kindern und Jugendlichen gleiche Bildungschancen – unabhängig von den ökonomischen Voraussetzungen der Familie. Die bauliche Barrierefreiheit von Kitas und Schulen bildet die Grundlage und Voraussetzung für inklusives Lernen.

Kindertagesstätten sind nicht nur Betreuungseinrichtungen, sondern der Einstieg in das Bildungssystem. Inklusion wird in vielen Kitas schon im alltäglichen Miteinander gelebt. Spielerisch erlernen Kinder hier Fähigkeiten und Fertigkeiten, die ihnen den Start in die Grundschule erleichtern. Die Sprache ist ein wichtiger Baustein in der Entwicklung der Kinder. Der Spracherwerb wird gefördert und der Sprachstand wird in Sprachlerntagebüchern dokumentiert. Wir wollen, dass sich die Grundschule am Entwicklungsstand des Kindes orientiert und jedes Kind dort abholt, wo es steht. Wir unterstützen die Zusammenarbeit zwischen den Bildungseinrichtungen Kindertagesstätte und Schule, um den reibungslosen Übergang zu erleichtern. Netzwerke, Kooperationen und Bildungsverbände sollten die Regel sein und nicht die Ausnahme bleiben.

Die inklusive Schule ermöglicht den Schüler*innen einen barrierefreien und gleichberechtigten Zugang zur allgemeinen Schule. Das Konzept der inklusiven Schule erkennt die Individualität und Verschiedenheit der Kinder innerhalb einer Lerngruppe an und sieht darin eine Bereicherung. Tempelhof-Schöneberger Schulen haben schon früh mit inklusiver Beschulung begonnen. Für den weiteren Ausbau müssen die notwendigen räumlichen und sächlichen Voraussetzungen gewährleistet sein. Die zugehörige personelle Ausstattung werden wir gegenüber dem Land Berlin weiter einfordern.

„Schwul“ ist immer noch eines der meistgebrauchten Schimpfworte auf Schulhöfen. Dagegen hilft nur eine starke Aufklärungsarbeit an Schulen und in Jugendeinrichtungen. Darüber hinaus soll eine stärkere Aufklärung über die Gleichberechtigung von queeren Menschen in der bezirklichen Integrationsarbeit stattfinden.

Grundschulen müssen nach dem Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ wohnortnah gelegen und fußläufig zu erreichen sein. Wir werden darauf achten, ein Grundschulnetz zu erhalten und zu fördern, das kiezorientiert ist und Grundschulen zu sozialen Zentren in ihrer Umgebung macht. Die Schulentwicklungsplanung wurde in den letzten Jahren wiederbelebt und soll auch künftig im jährlichen Rhythmus beraten und bedarfsorientiert angepasst werden. Passgenaue Einzugsbereiche und eine transparente Kommunikation gegenüber den Schulen und Familien sind dabei von höchster Bedeutung. Zusätzliche Grundschulplätze wurden durch die Wiederaufnahme des Schulbetriebs am Standort Ella-Barowsky-Straße geschaffen.

In den vergangenen Jahren ist es gelungen, auf besondere Problemlagen an Grundschulen im Bezirk zu reagieren. Die positive Entwicklung einzelner Standorte – beispielsweise der Spreewald-Grundschule und der Neumark-Grundschule in Schöneberg – konnte nur im Zusammenspiel von Land und Bezirk erreicht werden. Wichtige Voraussetzungen waren die Öffnung der Schulen in ihren Kiez hinein, die Aktivierung und Mitarbeit in den Bildungsverbänden und die Kooperation mit Kitas, der Nachbarschaft, der Jugendhilfe und weiteren Institutionen.

Alle Grundschulen in Tempelhof-Schöneberg sind Ganztagschulen. Dies hilft Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Ganztagschule wird so zu einem wichtigen Bezugsort, an dem Lernen, Essen und Freizeitgestaltung vereint sind.

Eine gesunde und abwechslungsreiche Ernährung ist an den Schulen die Voraussetzung für erfolgreiches Lernen. Wir setzen uns deshalb weiterhin für gutes und ausgewogenes Mittagessen an unseren Ganztagschulen ein. Die Beteiligung der Eltern an der Auswahl des Caterers und der Kontrolle des Essensangebotes soll beibehalten werden.

In Gemeinschaftsschulen können Kinder von der ersten Klasse an bis zum Schulabschluss im Klassenverbund gemeinsam lernen. Das längere gemeinsame Lernen führt zu mehr Chancengleichheit unabhängig von den Voraussetzungen, die jedes Kind individuell mitbringt. Wir freuen uns, dass Tempelhof-Schöneberg im Ortsteil Friedenau über eine Gemeinschaftsschule mit anspruchsvollem pädagogischen Konzept verfügt. Damit sich die Gemeinschaftsschule weiter so positiv entwickeln kann, wurde sie endlich um eine gymnasiale Oberstufe ab dem Schuljahr 2021/2022 erweitert. Wir setzen uns weiterhin für eine zügige Sanierung und bauliche Erweiterung der Schule ein.

Das erfolgreiche Wirken der Friedenauer Gemeinschaftsschule auch in das unmittelbare Umfeld hinein ermutigt uns. Wir setzen uns dafür ein, auch im Tempelhofer Teil unseres Bezirkes mindestens eine weitere Gemeinschaftsschule zu gründen.

Viele Integrierte Sekundarschulen (ISS) und Gymnasien sind stark nachgefragt. Mit dem Neubau für die Gustav-Heinemann-Oberschule in Marienfelde sowie dem Neubau einer ISS am Standort Eisenacher Straße in Mariendorf werden zusätzliche Schulplätze im Bezirk geschaffen. Die Integrierten Sekundarschulen sind bereits als Ganztagschulen organisiert. Wir unterstützen den weiteren Ausbau der Gymnasien zu Ganztagschulen.

Unsanierete, baufällige oder schmutzige Schulen sind keine guten Lernorte und belasten Schüler*innen ebenso wie Lehrer*innen. Gute Bildung braucht gute Schulen, deshalb muss der eingeschlagene Weg der Sanierung unserer Schulen fortgesetzt werden. Es wird sich nicht von heute auf morgen jede Sanierungsmaßnahme umsetzen lassen, weil viele Schulen, die seit Jahrzehnten Orte des Lernens sind, in einen besseren Zustand gebracht werden müssen. Bei jeder Sanierung gilt es, auch die Veränderungen an Raumqualitäten und Raumausstattung nach ergonomischen Gesichtspunkten in den Blick zu nehmen, die Sanitäreinrichtungen in Ordnung zu bringen und die Infrastruktur für digitale Angebote sicherzustellen. Schule ist heute viel mehr als ein Raum mit Stühlen und Tischen.

Wir wollen in der kommenden Wahlperiode die Digitalisierung der Schulen stärker in den Fokus rücken. Wir wollen auch die Vernetzung mit kommunalen Angeboten stärken, zum Beispiel mit der bezirklichen Musikschule oder außerschulischen Lernorten.

Wir setzen uns dafür ein, die Reinigung der Schulen künftig wieder in kommunaler Verantwortung umzusetzen. Zeitdruck, schlechte Arbeitsbedingungen und Dumpinglöhne lehnen wir ab. Mit zusätzlichen Reinigungsintervallen an einigen Schulen haben wir einen ersten Schritt gemacht. Die Sauberkeit in den Schulen ist uns ein zentrales Anliegen, für das zusätzliches Geld investiert werden muss.

Aber auch die Schulwegsicherheit bleibt für uns wichtiges Augenmerk. Wir können nicht an jeder Stelle mit der Verkehrssicherheit zufrieden sein. Wir haben uns mit Schulwegplänen auf den Weg gemacht, die Situation mit verschiedenen Maßnahmen zu verbessern. Neben der Verkehrserziehung wird es aber auch auf die Sensibilisierung der Elternschaft ankommen. Sicherheit erreichen wir vor allem durch mehr gegenseitige Rücksichtnahme.

Für Schüler*innen beginnt schon vor dem Schulabschluss ein spannender Lebensabschnitt: die Suche nach dem richtigen Beruf, die Entscheidung für eine betriebliche Ausbildung oder ein Studium, die Wahl eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder die Bewerbung bei Unternehmen. Um Jugendliche bei der Berufswahl zu unterstützen, Jugend Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und allen Jugendlichen die Chance auf eine Berufsausbildung zu geben, setzen wir auf eine frühzeitige und konsequente Berufsorientierung. Dazu gehört es auch, die Jugendlichen auf die Arbeitnehmerrechte und -pflichten vorzubereiten. Berufsorientierung soll durch Maßnahmen und Projekte gestützt werden, die sich an den Stärken der Jugendlichen orientieren und praktische Erprobungen bzw. Betriebskontakte in den Mittelpunkt stellen. In Tempelhof-Schöneberg finden neben den verpflichtenden Betriebspraktika z.B. das Projekt „Komm auf Tour – meine Stärken, meine Zukunft“, die berufsvorbereitenden „Schnupperangebote“ von LiSA e.V., zudem zahlreiche Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben sowie Angebote zur vertieften Berufsorientierung statt. Diese wollen wir in Zusammenarbeit mit der bezirklichen Wirtschaftsförderung weiter ausbauen.

In der Jugendberufsagentur in der Alarichstraße werden junge Menschen „unter einem Dach“ bei der Berufswahl unterstützt. Die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und das Jugendamt bündeln ihre Kompetenzen an einem Standort, um Jugendliche individuell zu beraten, zu vermitteln und zu unterstützen. Im Rahmen der Möglichkeiten soll auch auf das Jobcenter und die Agentur für Arbeit Einfluss genommen werden, um die zur Verfügung stehenden Arbeitsmarkt-Instrumente diskriminierungs- und barrierefrei für arbeitslose Menschen mit Behinderung anzubieten. Durch diese zentrale Anlaufstelle werden die Jugendlichen an einem Ort beraten und bekommen die Unterstützung, die sie benötigen.

Der Bezirk bietet neben den klassischen Schulformen mit den außerschulischen Lernorten ein ganz besonderes Angebot.



Die Gartenarbeitsschule und das Freilandlabor am Schöneberger Sachsendamm bieten Kindern und Jugendlichen ein praktisches Naturerlebnis. Gerade in der aktuellen Zeit, in der die Notwendigkeit zum Umweltschutz immer deutlicher wird, ist die Vermittlung von Ökologie und Umwelt besonders wichtig. Insbesondere in einer Metropole wie Berlin.

Kreativität braucht Räume. Vor allem für Kinder und Jugendliche ist es wichtig, unabhängig von finanziellen Möglichkeiten einen Raum zu haben, um sich kreativ zu entfalten. Mit der Jugendkunstschule haben wir von Fotografie bis Malerei, von Zeichnen bis Keramik sowie in unzähligen Workshops und Aktionen auch für Schulklassen ein hervorragendes Angebot.

Verkehrssicherheit und Verkehrserziehung ist ein wichtiger Aspekt. Gerade in unserer wachsenden Stadt, in der sich jeden Tag Millionen Menschen bewegen. Wir haben mit den beiden Jugendverkehrsschulen am Sachsendamm und in der Friedenstraße optimale Voraussetzungen. „Fit für die Straße“ oder Geschicklichkeitstraining sind dabei wichtige Angebote.

Wir setzen uns dafür ein, die außerschulischen Lernorte zu erhalten und zu stärken. Dazu gehört eine bessere personelle Ausstattung, um dem wachsenden Bedarf und dem neuen Anspruch an Qualität Rechnung zu tragen. Wir wollen aber auch eine engere Zusammenarbeit mit Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen. Ziel muss es sein, nicht nur Angebote zu organisieren, sondern diese auch bekannter zu machen.

Wir wollen auch künftig starke Kooperationen eingehen. Im Bezirk haben wir verlässliche Partner. Wir haben das Ziel, gemeinsam mit den Akteuren vor Ort zu überlegen, ob bezirksübergreifende Partnerschaften oder Kooperationen mit Institutionen wie der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten zu neuen Ideen und Angeboten führen können.

Bürgerschaftliches Engagement

stärken und fördern

In Tempelhof-Schöneberg gibt es ein großes und vielfältiges bürgerschaftliches Engagement. Es ist wichtig, um unsere Gesellschaft zu stärken und zusammenzuhalten. Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, unentgeltlich und gemeinwohlorientiert. Allerdings kann es staatliches Handeln und auch die sozialen Sicherungssystem höchstens ergänzen und nicht ersetzen.

Zahlreiche Menschen engagieren sich in unserem Bezirk freiwillig in Schulen, Kultureinrichtungen oder Krankenhäusern, wirken in Bürger*inneninitiativen mit oder spenden zu Gunsten des Gemeinwohls. Um dieses Engagement von Menschen für ihren Kiez zu unterstützen, wollen wir einen Bürger*innenrat in den Kiezen initiieren, der die vielen Aktivitäten befördert und gezielt unterstützt. Darüber hinaus wollen wir insbesondere das Engagement von jungen Leuten weiter ausbauen, indem sie gezielt über Aktivitäten in ihrem Kiez informiert und beispielsweise über den Bürger*innenrat mit engagierten Menschen vor Ort zusammengebracht werden.

Wir unterstützen die Idee von Bürger*innenräten, einem Bürgerbeteiligungsverfahren aus Österreich und Baden-Württemberg, bei dem Bürger*innen mit ihren Vorschlägen und Erfahrungen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft bereichern. 2019 startete dazu ein Pilotprojekt zunächst in Friedenau, dann in Marienfelde, Schöneberg-Süd, Tempelhof, Schöneberg-Nord, Mariendorf und zuletzt 2020 in Lichtenrade. Eine zufällig aus dem Melderegister ausgewählte Gruppe von 12 bis 15 Personen trifft sich unter Anleitung von Moderator*innen zu jeweils einem Thema, das diskutiert und bearbeitet wird. Vor allem der unabhängige Blick der Bürger*innen ist für alle Akteur*innen sehr wichtig. Er weitet den Horizont mit neuen Sichtweisen und stärkt die Demokratie. Wir sehen in der Etablierung dieses innovativen Konzeptes eine wichtige Aufgabe.

Wir wollen uns auch künftig eng und regelmäßig mit Akteur*innen des bürgerschaftlichen Engagements austauschen und werden Anregungen für unsere Politik im Bezirk aufnehmen und Interessenkonflikte im Dialog aller Beteiligten lösen.

Gerade in Tempelhof-Schöneberg ist das Ehrenamt sehr ausgeprägt. Dadurch erfährt das Ehrenamtsbüro im Bereich der Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler eine bedeutende Rolle. Es ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung, die Engagierten mit Rat und Tat zur Seite steht. Das Ehrenamtsbüro ist auch die zentrale Anlaufstelle für Interessierte, die sich gemeinnützig engagieren wollen. Dieser Service soll künftig weiter ausgebaut werden. Tempelhof-Schöneberg hat es sich zur Aufgabe gemacht, die ehrenamtlich Aktiven auch öffentlich sichtbar für ihren Einsatz zu würdigen und ihnen zu danken. Das wollen wir fortsetzen und besonders mit Blick auf Jugendliche ausbauen. Diese sollen zum Beispiel mittels Jugend-Kompetenz-Pässen sowie Auszeichnungen durch den Bezirk auf ihrem weiteren Lebensweg und bei Bewerbungen unterstützt werden.

Städtepartnerschaften

ausbauen und nutzen

Wir wollen die Städtepartnerschaften des Bezirks weiter ausbauen und für die Bürger*innen sichtbarer machen. Deshalb unterstützen wir das Bezirksamt in der Nutzung des Bürgerfonds für die deutsch-französische Freundschaft. Der Fonds wird der Stärkung der Zusammenarbeit mit unseren Partnerstädten Charenton-Le-Pont und Levallois-Perret dienen und helfen, Projekte in den Bereichen Kunst, Kultur, Sport und Digitalisierung zu initiieren.

Die Digitalisierung wird weiterhin an Bedeutung gewinnen und mehr und mehr auch unser Leben in Tempelhof-Schöneberg bestimmen. Onlinebegegnungen, Vernetzungsmöglichkeiten und eine stärkere Bekanntmachung der Projekte und deren Ergebnisse wollen wir daher fördern und weiterentwickeln. Darüber hinaus werden wir prüfen, inwieweit Kunst und Kultur, Sport, Umwelt, Integration, Demokratie, Gesundheit, Digitalisierung und Wissenstransfer in unseren bestehenden Städtepartnerschaften weitere Möglichkeiten als Instrument für den Austausch und die Festigung von Freundschaften bieten können.

Mit dem polnischen Koszalin verbindet uns eine mehr als 25-jährige Partnerschaft. Wir unterstützen Koszalin weiterhin in den Bemühungen, Haltung gegen die sogenannten "LSBT*IQ-freien Zonen" zu zeigen und damit ein Zeichen für Vielfalt und Respekt zu setzen. Mit Partnerstädten, die sexuelle Vielfalt nicht anerkennen, können wir uns keine aktive Städtepartnerschaft vorstellen.

Sport

modern ausgestattet und zugänglich für alle

Sport hat gerade in der Großstadt eine vielfältige und hohe Bedeutung. Er schafft einen Raum für Selbstentfaltung, bringt Menschen zusammen und hat auch für die individuelle Gesundheit einen unschätzbaren Wert.

Für uns ist es wichtig, diejenigen zu unterstützen, die sich in Tempelhof-Schöneberg sportlich engagieren: Menschen, die in Vereinen durch ihr Ehrenamt Sport erst ermöglichen, Menschen, die leistungsorientiert Sport treiben, Menschen, die sich fit halten möchten, und Menschen, die Sport einfach nur aus Freude betreiben.

In Berlin treiben rund 600.000 Menschen Sport im Verein. Auch in Tempelhof-Schöneberg gibt es eine Vielzahl von Sportvereinen, in denen sich die Bürger*innen ehrenamtlich engagieren und gemeinsam sportlichen Aktivitäten nachgehen. Es geht dabei nicht in erster Linie um Leistung. Sportvereine haben eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung. Sie vermitteln wichtige Grundprinzipien wie Solidarität, Teamgeist, Toleranz und Fairness. Sportvereine bringen Menschen zusammen, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, ihrem Einkommen, ihrer sexuellen Orientierung oder ihrer Behinderung. Sozialdemokratische Sportpolitik bedeutet, dass alle Menschen die Möglichkeit haben müssen, den Sport zu betreiben, der für sie wichtig ist. Dies gilt es zu ermöglichen.

Wir wollen dabei helfen, die Aktivitäten und das ehrenamtliche Engagement in den Vereinen zu stärken. Wichtig bleibt der SPD dabei die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Bezirkssportbund. Als Interessenvertretung der Sportvereine im Bezirk leistet der Bezirkssportbund einen wichtigen Beitrag dazu, das Vereinsleben in Tempelhof-Schöneberg zu stärken.

Wir setzen uns dafür ein, dass diejenigen Sportler*innen aus Tempelhof-Schöneberg, die Spitzenplätze in ihrer Sportart erringen konnten, bei einer Meister*innenehrung gewürdigt werden.

Wir wollen das sportliche Angebot für Senior*innen im Bezirk deutlich ausbauen - im Verein und auch im Individualsport. Die SPD unterstützt das Senatsprogramm „Berlin bewegt sich“, in dessen Rahmen sportliche Angebote wie Bewegungsparcours für Senior*innen in Parks und Grünanlagen entstehen. Auch in den bezirklichen Sportanlagen müssen ältere Sportler*innen beispielsweise durch die Installation generationenübergreifender Sportgeräte mehr Möglichkeiten bekommen, Sport zu treiben und fit zu bleiben.

Menschen mit Behinderungen muss es möglich sein, den Sport zu betreiben, der für sie wichtig ist. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass mehr Sportangebote für Menschen mit Behinderungen geschaffen werden. Dies gilt auch für den Zugang zu Sportanlagen,



der bei einer Sanierung oder dem Neubau stets barrierefrei erfolgen muss, und die barrierefreie Erreichbarkeit der Anlagen mit dem Öffentlichen Personennahverkehr.

Sportvereine haben eine sozial-integrative Aufgabe. Wir wollen die Sportvereine darin unterstützen, Kooperationen zu Schulen, sozialen Trägern oder Trägern der Jugendhilfe aufzubauen, um so sportliche Angebote für jene Kinder und Jugendliche zu schaffen, die sonst eher seltener mit dem Vereinssport in Kontakt kommen. Unter anderem muss das Projekt „Mitternachtssport“ weiter ausgeweitet werden.

Dazu gehört auch, dass Vereine darin unterstützt werden, diverser zu werden. Viele Sportarten sind frauen- oder männerdominiert. Eine Integration von Frauen, Männern oder Transgender darf nicht daran scheitern, dass Umkleidemöglichkeiten nicht vorhanden oder ungeeignet sind, zum Beispiel mangels Sichtschutz. Auch bauliche Gegebenheiten wie unbeleuchtete Wege zur Sportstätte können dazu führen, dass sich Menschen von bestimmten Sportarten in ihrem Kiez ausgeschlossen fühlen. Wir wollen Vereine darin unterstützen, ein „Safe Space“ zu sein und Sportanlagen dafür entsprechend auszustatten.

Auch Individualsport ist wichtig. Sportarten wie Radfahren, Schwimmen und Joggen finden sich regelmäßig unter den beliebtesten Sportarten der Berliner*innen wieder. Zudem sind sie für alle Geschlechter und alle Altersgruppen relevant. Nordic Walking, Yoga, Kampfsport usw. stärken außerdem die Gesundheit und das Selbstbewusstsein und geben vielen Menschen einen Ausgleich zu ihrem Privat- und Berufsleben. Deshalb gilt für den Individualsport, dass sozialdemokratische Sportpolitik bedeutet, allen Menschen den Sport ihrer Wahl zu ermöglichen.

Aber auch für diejenigen, die außerhalb von Sportvereinen tätig werden möchten, muss Sport unabhängig vom Einkommen möglich sein. Deswegen möchten wir einen Runden Tisch mit Veranstaltern von privaten Sportangeboten und Kursen aufbauen, um kieznahe Angebote für Menschen mit geringem Einkommen voranzubringen.

Wie beim Sport im Verein besteht beim Individualsport immer ein Engpass bei Raumangeboten. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass bei der Planung von neuen Flächen immer auch Individualsportangebote mitgedacht werden. Mit dem Tempelhofer Feld haben die Menschen in Tempelhof-Schöneberg nach wie vor einen guten Rahmen für sportliche Aktivitäten, der viel genutzt wird. Wir wollen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten dafür sorgen, den Individualsport auf dem Tempelhofer Feld weiter zu fördern. Außerdem unterstützen wir weiterhin die Durchführung von Sportveranstaltungen mit mobilen Sportanlagen.

Gleichzeitig werden wir uns dafür einsetzen, dass die Nutzung von Schul- und Vereinssportanlagen in trainingsfreien Zeiten für den Individualsport geprüft wird.

Angebote für Individualsport und Sport im Verein sind oft nicht greifbar und es ist schwer, sich einen Überblick zu verschaffen, welche es im Kiez gibt. Wir möchten uns dafür einsetzen, dass es eine Online-Plattform für Tempelhof-Schöneberg gibt, auf der alle Angebote zusammengefasst werden.

Kern sozialdemokratischer Sportpolitik ist das Engagement für eine deutlich bessere Ausstattung des Bezirks mit Sportanlagen. Wir setzen uns für eine bessere Instandhaltung, die Sanierung und den Neubau von Sportanlagen ein. Wir haben in den letzten Jahren dafür gekämpft, dass endlich investiert wurde und nun viele Sportanlagen im Bezirk saniert werden und entstehen. Auch die Themen Sport und Umweltschutz müssen hier im Auge behalten werden. Allein durch die Schulbauoffensive des Landes werden in Zukunft eine Vielzahl von Schulsportanlagen im Bezirk entstehen oder saniert werden. Am Ende wird der deutliche Ausbau von Sportanlagen stehen. Tempelhof-Schöneberg braucht mehr Sportflächen. Dafür haben wir uns eingesetzt und werden das auch Zukunft gemeinsam mit der Landesebene tun, um u.a. das Sportstätten-sanierungsprogramm deutlich auszubauen. Förderprogramme des Bundes sind ebenfalls verstärkt zu nutzen.

Wir setzen uns für eine Optimierung der Sportstättenvergabe ein. Die vorhandenen Sportanlagen müssen so genutzt werden, dass alle Vereine im Bezirk Platz für ihr Training haben.

In den letzten Jahrzehnten wurden Sportanlagen im Rahmen von größeren Bauvorhaben in Berlin nicht mitgedacht. Da sowohl Berlin als auch Tempelhof-Schöneberg seit Jahren wachsen, werden neben Schulen und Kitas auch Sportanlagen als Infrastruktur benötigt. Dort, wo viele Wohnungen entstehen, müssen Sportanlagen geschaffen werden. Dort, wo großflächiger Einzelhandel entsteht, muss in Zukunft geprüft werden, ob auf den Gebäudedächern Sportanlagen entstehen könnten. Dies ist gegebenenfalls durch städtebauliche Verträge mit dem Bauherrn zu vereinbaren.

Die Entscheidung der Berliner*innen gegen eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes hat den Vereinssport schwer getroffen. Die SPD setzt sich dafür ein, das Tempelhofer-Feld-Gesetz dahingehend zu ändern, dass eine Randbebauung des Feldes möglich ist und somit auch dort Sportflächen entstehen können. Gleichzeitig müssen im Bezirk noch weitere Grundstücke identifiziert werden, die für den Bau von Sportanlagen in Frage kommen könnten. Eine Entwidmung von für den Sport ausgewiesenen Flächen lehnt die SPD ab.



vielfältig und schützenswert

Kultur ist ein wichtiger Baustein für eine starke Demokratie, sie ist existenziell für die Bildung, spiegelt die Meinungsvielfalt unserer Gesellschaft wider, verbindet Kulturen und Generationen und ist ein zentrales Element zur Geschichtsvermittlung und Integration. Kultur bereichert unsere Gemeinschaft. Deshalb stehen wir hinter unseren Kultureinrichtungen und unseren Kulturschaffenden – sie sind unverzichtbar im Bezirk und darüber hinaus.

Wir werden die Kulturschaffenden und deren Institutionen im Bezirk besonders wertschätzend unterstützen.

Die gelebte Gedenkkultur an die Verfolgten des NS-Regimes hat in unserem Bezirk einen hohen Stellenwert. Wir unterstützen das bürgerschaftliche Engagement von Bürger*innen und Initiativen zur Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an ermordete jüdische Bürger*innen. Die Koordinierungsstelle für Stolpersteine im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg leistet hier einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung.

Ein wichtiger Erinnerungsort ist die ehemalige Kohlenhandlung von Annedore und Julius Leber an der Torgauer Straße. Wir setzen uns für die Realisierung eines Lern- und Gedenkortes Annedore und Julius Leber im bestehenden Gebäude ein. Dabei unterstützen wir den Schöneberger „Arbeitskreis Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber“ und fordern auch vom Bezirksamt, die Errichtung des Gedenkortes und die Gedenkpolitik insgesamt aktiv zu fördern.

Die überregionale Bedeutung des Kiezes rund um den Nollendorfplatz für die queere Emanzipationsgeschichte wollen wir durch die Errichtung eines Erinnerungscafés noch deutlicher sichtbar machen. Die schon vorhandenen Denkmale „Totgeschlagen, Totgeschwiegen“ und die Regenbogenstele wollen wir öffentlich bekannter machen. Die Bedeutung des Regenbogenkieses für den Bezirk und die Stadt als Alleinstellungsmerkmal soll präsenter werden. Queeres Leben braucht Sichtbarkeit, um Akzeptanz zu erfahren. Wir werden aktiv auf die queere Community zugehen, um sich beim Nachbarschaftsfest zu beteiligen. Wir wollen auf die historische und aktuelle Bedeutung des Regenbogenkieses aufmerksam machen. Wir wollen das Projekt „Queer Walk of Fame“ wieder aufnehmen und einen neuen Standort im Regenbogenkiez finden, der mit der Geschichte der queeren Bewegung verbunden ist. Mit dem „Queer Walk of Fame“ sollen historische Persönlichkeiten geehrt und an sie erinnert werden, die sich für LSBT*I*Q-Rechte und Akzeptanz queerer Lebensweisen eingesetzt haben.

Eine Vielzahl von Gedenktafeln erinnert an die Lebensleistungen von historischen Personen, die in unserem Bezirk gelebt und gewirkt haben. Wir unterstützen den Tag des offenen Denkmals und fordern das Bezirksamt auf, eine strukturierte Überprüfung von Denkmälern und Gedenktafeln einzurichten, um auf eventuelle Verfallserscheinungen,

bewusste Zerstörungen und Beschmierungen schnell und koordiniert reagieren zu können. Die dazu notwendigen Zuständigkeiten müssen im Bezirk so geregelt werden, dass die Kontrolle und Pflege von Gedenktafeln und Denkmälern gewährleistet ist.

Wir befürworten die Einrichtung und die Arbeit der Gedenktafelkommission im Bezirk und fordern deren Weiterführung. Eine besondere Aufgabe hat die Kommission bei der Neugestaltung von Gedenk- und Infotafeln zu beachten – neue Tafeln dürfen nur noch als barrierefreie Tafeln konzipiert und gestaltet werden.

Wir unterstützen die Initiative zur Errichtung einer Gedenk- und Informationsstätte für das Konzentrationslager Columbia auf dem Gelände des ehemaligen Flughafens Tempelhof. Das KZ Columbia war das einzige Konzentrationslager innerhalb Berlins.

Auch die Erinnerung an die deutsche Kolonialgeschichte wollen wir weiter aufarbeiten. Das Kinder- und Jugendmuseum hat hier bereits mit der Forschungswerkstatt „Kolonialgeschichte in Tempelhof und Schöneberg“ gute Arbeit geleistet. Weitere Forschungen und Sichtbarmachungen der Kolonialgeschichte unterstützen wir.

Bei Neubenennungen von Straßen, Plätzen, Parks und Gebäuden wollen wir die Lebensleistungen von Frauen weiterhin stärker berücksichtigen. Bei der Ehrung von historischen Personen sind Frauen noch immer unterrepräsentiert.

Der Frauenmärz muss als Veranstaltung wieder mehr Gleichstellungspolitik in den Vordergrund stellen. Wir setzen uns dafür ein, dass die im Rahmen des Frauenmärz durchgeführten Veranstaltungen nicht nur für ein weibliches Publikum gestaltet werden, sondern aktiv starke Frauen und Bündnisse präsentieren und so durch ihren empowernden Charakter einen wichtigen Schritt zur tatsächlichen Gleichberechtigung darstellen. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Frauenbeauftragte zukünftig regelhaft neben der Kulturverwaltung in die Planung und Durchführung des Frauenmärz eingebunden werden.

Einen besonderen Fokus wollen wir darauflegen, dass alle Frauen repräsentiert werden und wir so ein diverses Programm schaffen.

Bibliotheken werden heute mehr und mehr zu attraktiven Treff- und Bildungsmittelpunkten. Die Zeit der reinen Bücherausleihen, bei der „schnell mal“ ein paar Bücher abgeholt und dann wieder zurückgebracht werden, läuft ab. Bibliotheken werden umgebaut, neu geplant und neu gedacht. Sowohl architektonisch als auch inhaltlich. Auch die Angebote und Ideen reichen heute weit über das Buch hinaus. Bibliotheken sollen kreativ, interaktiv und digital sein und das sind sie vielfach auch. In einer Bibliothek der Dinge zum Beispiel kann man sich Musikinstrumente oder Spiele für drinnen und draußen ausleihen, auch Mikroskope oder Nähmaschinen können geliehen werden.

Wir möchten, dass Tempelhof-Schöneberg zukünftig eine Vorreiterrolle in der Entwicklung und Ausgestaltung der Bibliotheken zu Orten von lebenslangem Lernen und generationsübergreifendem Wissensaustausch einnimmt.

Deshalb unterstützen wir den Umzug der Stadtbibliothek Lichtenrade in die Alte Mälzerei. Die Stadtbibliothek wird direkt in einem Gebäude mit der Musikschule, der Volks-

hochschule, dem Kindermuseum, einem Kinosaal, Gemeinschaftsräumen und der Suppenküche untergebracht. Sie soll vom pulsierenden Leben rund um die verschiedenen Angebote profitieren und selbst ein Anziehungspunkt für Bildung und Kontakte in Lichtenrade werden. Dazu soll sich die Stadtbibliothek, die im Erdgeschoss ihre neuen Räume finden wird, mit den anderen Einrichtungen in der Alten Mälzerei vernetzen und gemeinsame Veranstaltungen und Angebote ausarbeiten.

Auch in Tempelhof entsteht Neues. Hier wird derzeit die Zukunft der Neuen Mitte Tempelhof geplant. Die Bezirkszentralbibliothek Eva-Maria-Buch-Haus wird Teil der Neubauten rund um das Rathaus Tempelhof. Wir befürworten den neuen Standort und fordern eine Architektur mit einem raumtechnischen Konzept, das Gruppenarbeitsplätze schafft und Gelegenheiten zur Zusammenarbeit und zu sozialen Begegnungen bietet. Dies sollte zum Beispiel auch für den interkulturellen Austausch von geflüchteten Menschen genutzt werden können, bei dem sich die Leute zum Spracherwerb oder dem kulturellen Austausch treffen. Hier sollten sowohl bildgestützte Audio-Lernprogramme als auch Sprachspiele oder klassische Lehrbücher vorhanden sein. Neue Formen der Wissensvermittlung sollen gleichwertig neben modernen Medien zum Ausprobieren vorhanden sein.

Daneben brauchen auch kleine Kinder Spielräume zum Toben und Entdecken, ebenso gehören Eltern-Kind-Bereiche wie Ruhe- und Lesezonen dazu, die lebenslanges Lernen und den Wissenstransfer über Generationen hinweg ermöglichen.

Auch die Mittelpunktbibliothek (Theodor-Heuss-Bibliothek) in der Hauptstraße soll zu einem modernen Ort umgestaltet werden. Sie wird zukünftig ein Teil des Kultur- und Bildungscampus Schöneberg sein. Als attraktiver Anziehungspunkt inmitten eines gemeinsamen Ensembles mit dem Jugendmuseum, einer Kita, der Kinderfreizeiteinrichtung Lassenpark sowie dem Stadtbad Schöneberg werden wir uns dafür einsetzen, dass die Mittelpunktbibliothek ebenfalls alle Anforderungen an einen modernen Bildungs- und Begegnungsort erfüllt. Hier sollen zum Beispiel auch mal Eltern angesprochen werden, die auf ihre Kinder warten und in der Bibliothek einen Kaffee trinken gehen oder in einer Zeitschrift blättern. Viele Ideen böten Möglichkeiten, neue Nutzer*innen zu finden und für die Bibliothek zu gewinnen.

Wir fordern einen neuen Standort für die Gertrud-Kolmar-Bibliothek ein. Die Bibliothek, die bisher im zweiten Obergeschoss der Sophie-Scholl-Schule untergebracht war, wird weiterhin im Kiez gebraucht. Sie ist unerlässlich zur Stärkung des Schöneberger Nordens, auch wenn dies wirtschaftlich eine große Herausforderung darstellt. Wir wollen einen niederschweligen, inklusiven und partizipativen Ort, der das Quartier durch Gemeinsinn und Bildung bereichert. Für viele Schüler*innen stellt die Gertrud-Kolmar-Bibliothek eine wichtige Schnittstelle zwischen Schulabschluss und Berufswahl dar. Sie soll für den Bezirk auch zu einer wichtigen Partnerin und Wissensressource im Kampf gegen Armut und einer digitalen Spaltung der Bezirksgesellschaft werden.

Ein weiterer Bereich, den wir ausbauen wollen, sind die Schulbibliotheken. Hier werden wir die Vernetzung untereinander fördern und Ideenwettbewerbe anstoßen.

Außerdem sollten Bibliotheken auch außerhalb ihrer Häuser auftreten und zu den Bürger*innen kommen. Wir unterstützen die Idee eines BiboBikes, welches im Sommer in Parks unterwegs ist und als Fahrrad-Bibliothek mit Hängematten, Outdoorspielen und Büchern den Bürger*innen Angebote macht. Gleichzeitig erhöhen wir dadurch die Aufmerksamkeit und werben für einen Besuch in den Bibliotheken.

Die Volkshochschulen feierten 2019 ihr 100-jähriges Jubiläum. Ihrer Aufgabe, offen für alle zu sein, Integration zu fördern und Menschen aus ganz unterschiedlichen Milieus zu verbinden, ist die Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg in den letzten Jahren gerecht geworden. Sie bildet die vielfältigen Interessen der Bürger*innen im Bezirk in ihren Angeboten ab und ist vor allem unverzichtbar für Menschen mit Migrationshintergrund. Mit der Durchführung von Sprach- und Integrationskursen leistet die Volkshochschule einen wichtigen Anteil, damit Menschen aus unterschiedlichen Kulturen und mit unterschiedlichen Erfahrungen bei uns heimisch werden können.

Besonders positiv für Volkshochschule und Musikschule ist die Bereitstellung von neuen festen Räumen in der Alten Mälzerei in Lichtenrade. Hier geht ein lang gehegter Wunsch für beide Institutionen in Erfüllung, die dort neben weiteren Angeboten wie dem Experimentarium und der Bibliothek eingebettet sind. Diese Vielfalt begrüßen wir.

Es ist für uns selbstverständlich, die Volkshochschule und die Musikschule weiterhin zu fördern und in ihren Forderungen nach besseren Raumangeboten und besserer Vergütung von Honorarkräften sowie mehr Festanstellungen zu unterstützen. Auch wenn es bei den Musikschulen in Berlin gelungen ist, 20 Prozent der Lehrenden eine Festanstellung zu geben, bleiben doch weitere 80 Prozent als Honorarkräfte ohne sichere Einkünfte. Hinzu kommen immer noch niedrige Stundenhonorare, die den Qualifikationen der Lehrenden oft nicht gerecht werden. Hier wollen wir uns weiterhin beim Senat von Berlin für bessere Lösungen einsetzen.

Das Archiv und die Sammlung der Museen Tempelhof-Schöneberg beherbergen eine einzigartige Sammlung von Postkarten, Fotos, Texten, Karten, Plänen, Kunst und Artefakten aus Tempelhof-Schöneberg. Neben der Pflege des aktuellen Bestandes sollen neue Nachlässe und Dokumente gesichtet werden können, in das Verzeichnis aufgenommen und zeitnah fachgerecht gelagert werden. Weiterhin müssen Publikum und Fachpublikum betreut und beraten werden und das Archiv muss für die Forschung zugänglich sein. Auch die wertvolle bezirkliche Kunstsammlung gehört zum Archiv und muss vor Wasser- oder Feuerschäden bewahrt werden. Deshalb engagieren wir uns dafür, das Archiv personell besser auszustatten und ein Konzept zur ehrenamtlichen Unterstützung zu entwickeln.

Kultur ist für alle da! Wir möchten, dass die Menschen im Bezirk kulturelle und weiterbildende Angebote wahrnehmen und damit ein reiches und soziales Erlebnis verbinden können. Dafür werden wir den barrierefreien Um- und Neubau von Bibliotheken, Museen, Gedenk- und Infotafeln, Kultur- und Bildungseinrichtungen, wie etwa die Musik- und Volkshochschulen vorantreiben. Die bauliche Barrierefreiheit bildet auch hier die Grundlage und Voraussetzung für inklusive Angebote. Barrierefreiheit muss im Hinblick auf Mobilitätseinschränkungen genauso gelten wie für Menschen mit Seh-, Hör-,

Geistig- oder Mehrfachbehinderungen. Auch gehören Beschriftungen und Textdarstellungen in leichter Sprache sowie barrierefreie Medien zum Konzept einer inklusiven Kulturlandschaft in Tempelhof-Schöneberg. Dies muss auch für die Musik- und Volkshochschulangebote in Tempelhof-Schöneberg gelten.

Wir möchten Kunst- und Kulturorte im Bezirk erhalten und setzen uns für Künstler*innen ein. Um gerade freie Künstler*innen zu unterstützen, rufen wir einen regelmäßigen Treffpunkt zum Netzwerken und zur Unterstützung ins Leben. Dabei wollen wir den Dialog und den praktischen Austausch auch unter den Kunstschaffenden fördern.

Die Kunsteinrichtungen des Bezirks brauchen nicht nur Anerkennung, sondern auch die Sicherheit der Förderung und des Weiterbestehens sowie die Möglichkeit zu öffentlichen Auftritten und genereller Aufmerksamkeit. Hier wollen wir neue Wege der Öffentlichkeitsarbeit gehen und die vielen Veranstaltungen, Ausstellungen und Kunstaktionen des Bezirks bekannter machen. Neben Broschüren, Flyern und Hinweisen brauchen wir weitere Ideen, um auf die reiche Kultur in Tempelhof-Schöneberg aufmerksam zu machen. Straßenaktionen und kreative Hinweise im Straßenbild wären eine Möglichkeit, die wir weiterdenken wollen, ebenso wie die Einbindung von digitalen Informationsmöglichkeiten.

Unsere Aufmerksamkeit gilt auch weiterhin der Förderung der beiden kommunalen Galerien Haus am Kleistpark und der Galerie im Rathaus Tempelhof, dem Kunstpreis und dem Fotopreis des Bezirkes, dem Kulturhaus Schöneberg in der Kyffhäuser Straße, dem „Schöneberger Art“-Wochenende und der Künstlerförderung im Rahmen des Programmes dezentrale Kultur. Die dezentrale Kulturarbeit hat sich bewährt. Sie fungiert als Bindeglied zwischen Institutionen und freien Künstler*innen und sichert Räume zum Proben und für kreatives Schaffen. Zusätzlich setzen wir uns für ein weiterführendes Vernetzungskonzept im Bezirk ein, bei dem sich freischaffende Künstler*innen gemeinsam mit dem Bezirksamt über neue Möglichkeiten des Austauschs und der Unterstützung beraten können.

Die Ausschau nach möglichen neuen Atelier- und Proberäumen bleibt dabei eine kontinuierliche Aufgabe. So werden wir das alte Straßenbahndepot in der Belziger Straße auch weiter im Blick behalten, denn es bietet viel Platz für Ateliers, Ausstellungen, Proben und Aufführungen.

Gleiches gilt für das Gemeinschaftshaus in Lichtenrade, das wir stärker zu einem kulturellen Mittelpunkt für den Ortsteil einbinden wollen.

Nachdrückliche Aufmerksamkeit wollen wir den Theatern in Tempelhof-Schöneberg schenken. Dazu gehören das FELD-Theater, das Kleine Theater, das Theater Strahl, die Scheinbar, das Russische Theater, das O-Ton-Art-Theater und das Theater Morgenstern. Sie bereichern unser kulturelles Leben im Bezirk, sind aber häufig auf Förderung durch die Stadt angewiesen.

Die Präsentation und Pflege der Skulptur Arc de 124,5° des Künstlers Bernar Venet an der Urania ist uns ein dringliches Anliegen. Die acht Platanen an beiden Seiten der Straße An der Urania verhindern zumindest im Sommer die Sicht auf die bogenförmige

Skulptur. Auch wird der Arc de 124,5°, der Berlin zur 750-Jahr-Feier von Frankreich geschenkt wurde, immer wieder beschmiert. Wir möchten generell, dass die Kunstwerke des Bezirks gepflegt, notfalls in Stand gesetzt und für die Bürger*innen erlebbar sind.

Um die – oft mit Preisen ausgezeichnete – kulturelle und künstlerische Palette des Bezirks sichtbar zu machen, soll es künftig einmal im Jahr ein Kultur-Wochenende geben. Institutionen machen die Türen auf und laden die Tempelhof-Schöneberger*innen ein zu einem Blick hinter die Kulissen und zum gemeinsamen Erleben von bildender und Bau-Kunst, Musik, Theater, Literatur, Fotografie, Tanz oder Film. Es soll auch die Möglichkeit geben, aktiv zu werden, z.B. in Workshops, die so gestaltet sind, dass jede*r mitmachen kann. Extra Kosten sollen den Betreiber*innen nicht entstehen: Tore auf und gemeinsam Kultur-Zeit verbringen. Der Bezirk entwirft einen Kultur-Stadtplan, der alle nötigen Infos beinhaltet, online geht, ausgelegt und verteilt wird. Zudem wird das Kultur-Wochenende mit Hilfe der Öffentlichkeits- und Pressearbeit des Bezirks konsequent beworben. Die Nachbarschaft aus einem anderen Blickwinkel wahrzunehmen, zu erleben und zu bestaunen – das ist die Idee.

Wie auch bei den Bibliotheken muss der Ortsteil Mariendorf durch die entstehenden großen Kulturstandorte Neue-Mitte-Tempelhof und Alte-Mälzerei mitbedient werden. Entsprechende Initiativen wollen wir durch die dezentrale Kulturarbeit vor Ort fördern. Mittel- und langfristig möchten wir einen weiteren Kulturstandort in diesem Gebiet etablieren. Auch setzen wir uns weiterhin für die Wiedereinführung eines kulturellen Festes in Mariendorf ein, bei dem sich beispielsweise hochwertige lokale Einrichtungen vorstellen und ein attraktives Bühnenprogramm präsentiert wird.

sicher versorgt und gut vorgesorgt

Der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) muss personell und finanziell gut aufgestellt sein, um sein vielfältiges Aufgabenspektrum bewältigen zu können. Für den Ausbau und die Stärkung des ÖGD ist die Angleichung der Bezahlung von Ärzt*innen an den Ärztetarif unerlässlich und wir setzen uns weiterhin auf allen Ebenen dafür ein.

Niedrigschwellige Angebote zur Gesundheitsprävention sollen ausgebaut werden. Dazu gehört z.B. eine kommunale Impfstelle mit Beratung und Impfung. Es sollen weiterhin Außensprechstunden des Gesundheitsamtes in verschiedenen Stadtteilen stattfinden und dezentrale Angebote vor allem im Süden des Bezirks verstärkt werden.

Ein Baustein dafür wurde bereits gelegt, die Verhandlungen um einen weiteren Pflegestützpunkt zur Beratung Pflegebedürftiger und pflegender Angehöriger waren erfolgreich, barrierefreie Räumlichkeiten für eine Außenstelle werden aktuell gesucht.

Bei der Gesundheitsprävention von Kindern und Jugendlichen werden wir verstärkt die Regionen Marienfelde und Lichtenrade in den Blick nehmen. Es gibt hier bisher deutlich weniger Angebote als im Norden des Bezirks und aufgrund der Lage am Stadtrand sowie der großen Fläche und den schlechteren ÖPNV-Verbindungen sind die vorhandenen Möglichkeiten nicht unbedingt für alle erreichbar. Insbesondere Kinder, aber auch Jugendliche bewegen sich vorrangig in und um ihren Wohnkiez, daher muss das Angebot vor Ort verbessert werden und die Auswertung der Einschulungsuntersuchungen hat hier in einigen Bereichen Handlungsbedarf aufgezeigt.

Gesundheitsvorsorge und Prävention sind wichtige Voraussetzungen zur Vermeidung von Erkrankungen. Die Unterstützung von Aktionstagen und Kampagnen in den Bereichen Ernährung, Impfungen, Bewegung, Suchtvermeidung und -behandlung sowie sexuell übertragbare Krankheiten dient der Information und Vorbeugung.

Das St. Joseph Krankenhaus, das Auguste-Viktoria-Klinikum und das Wenckebach-Klinikum gewährleisten für alle Bürger*innen des Bezirks ambulante und stationäre gesundheitliche Versorgung. Den von der Vivantes Netzwerk für Gesundheit GmbH angekündigten Umzug der stationären Angebote des Wenckebach-Klinikums sehen wir kritisch. Insbesondere die geplante Verlagerung der Rettungsstelle vom Wenckebach-Klinikum an das Auguste-Viktoria-Klinikum ist für die SPD Tempelhof-Schöneberg nur vertretbar, wenn die Notfallversorgung für Bürger*innen aus Mariendorf, Marienfelde und Lichtenrade gewährleistet bleibt. Das könnte zum Beispiel durch eine Portal-Klinik am Standort Wenckebach erreicht werden.

Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass es am Standort Wenckebach-Klinikum weiterhin medizinische Angebote geben wird und ein Leerstand, wie er am Mariendorfer Weg stattgefunden hat, vermieden wird.

Wir unterstützen weiterhin S.I.G.N.A.L. - Intervention im Gesundheitsbereich gegen häusliche und sexualisierte Gewalt e.V. bei der Implementierung von Interventionsprogrammen in den Krankenhäusern unseres Bezirks. Ziel dieser Programme ist es, häusliche und sexualisierte Gewalt als mögliche Ursache im Zusammenhang mit Verletzungen und Erkrankungen besser erkennen zu können und Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene und behandelndes Personal gleichermaßen aufzuzeigen.

Das Thema Organspende bleibt für uns weiterhin wichtig und wir unterstützen Aktionstage und Kampagnen zur Aufklärung und Information. Auch die Installation von Defibrillatoren zur Rettung in Herz-Kreislauf-Notfällen in öffentlichen Gebäuden und auf öffentlichen Plätzen werden wir weiter vorantreiben.

Die Bedeutung der Altersmedizin (Geriatric) nimmt weiterhin zu. Wir unterstützen die Verknüpfung von Akutmedizin und Geriatric und die koordinierende Funktion der im Bezirk angesiedelten Pflegestützpunkte.

Das hohe Niveau der Versorgung psychisch kranker Menschen wollen wir aufrechterhalten. Ein Instrument psychosozialer Arbeit im Bezirk ist der Geriatrich Gerontopsychiatrie Verbund Tempelhof-Schöneberg e.V. – GGVT e.V. Dieser unterstützt durch Versorgung und Beratung pflegebedürftiger Menschen. Wir werden uns auch weiterhin beim Senat dafür einsetzen, dass Geriatrich-Gerontopsychiatrie Verbände aus Mitteln des Präventionsgesetzes unterstützt werden. Ein zusätzlicher Schwerpunkt soll die Verbesserung der Versorgung psychisch kranker Menschen sein. Die Pflichtversorger, die Mittel aus dem Psychiatrieentwicklungsplan (PEP) erhalten, sollen bestehen bleiben und wir werden uns weiter für die Aufstockung der Mittel einsetzen. Wir wollen psychisch kranke Menschen vor Wohnungslosigkeit bewahren: Nach Vorbild des „Neuköllner Modells“ für psychisch kranke Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht sind, wollen wir nach einem akutpsychiatrischen Klinikaufenthalt eine lückenlose Anschlussversorgung im Bezirk ermöglichen. Außerdem wollen wir die Zuverdienstmöglichkeiten mit dem Modellvorhaben der „Betreuten Arbeit“ weiter fortsetzen und ausbauen. Auch die psychosoziale Versorgung ist neben der gesundheitlichen und akutmedizinischen Versorgung von nach Berlin geflüchteten Menschen nach wie vor eine große Herausforderung für das bezirkliche Gesundheitsamt. Es muss hierfür auch über die notwendigen personellen Ressourcen verfügen, um die zusätzlichen Aufgaben im Zusammenhang mit dem besonderen Bedarf Geflüchteter zu bewältigen.

Wir unterstützen auch künftig das „Netzwerk für soziales Wohnen in Tempelhof-Schöneberg – IRRE gut Wohnen für ALLE! e.V.“, das Menschen mit psychischen und geistigen Behinderungen hilft, eigenen Wohnraum im hart umkämpften Wohnungsmarkt zu finden, und damit nicht nur einen Beitrag zur Vermeidung von Obdachlosigkeit leistet, sondern auch vielen Menschen ein selbständiges Leben außerhalb von Betreuungseinrichtungen ermöglicht.

Das Ziel eines Sozialraumbudgets für ambulante psychiatrische Hilfen wird weiterverfolgt, die Schaffung von Rahmenbedingungen dafür werden aktuell auf Landesebene diskutiert.

Einen Schwerpunkt bildet auch der Themenkomplex Sucht. Wir wollen das Angebot des Drogenkonsum-Mobils ausbauen und perspektivisch einen stationären Konsumraum einrichten. Die Stärkung und der Ausbau von Straßensozialarbeit sowie von Projekten und Initiativen wie z.B. der Mittwochsinitiative sind auch ein wichtiger Faktor. Die Durchführung eines regelmäßigen Monitorings der Belastung durch Drogenkonsum im Bezirk ist ebenfalls ein wichtiger Baustein, um vorhandene Ressourcen zielgerichtet einsetzen zu können. Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau von Suchtberatungsangeboten ein, insbesondere für zielgruppenspezifische Angebote.

Wir wissen um den Wert der Hilfe zur Selbsthilfe und unterstützen Selbsthilfeinitiativen auf unterschiedlichen Ebenen. Ergänzend zur ambulanten Grundversorgung sehen wir die Notwendigkeit, Wohn- und Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Arbeitsgelegenheiten für suchterkrankte Menschen zu schaffen und abzusichern.

Von großer Bedeutung ist für uns die Stärkung von Familien, in denen ein oder beide Elternteile an einer Suchterkrankung leiden. Die Kinder in diesen Familien benötigen besonderen Schutz und Unterstützung. Daher setzen wir uns in verstärktem Maße dafür ein, Fachkräfte für diese Lebenslage zu sensibilisieren, spezielle Angebote für die Kinder zu schaffen und das Thema stärker in die Öffentlichkeit zu bringen.

Ein weiterer Schwerpunkt ist für uns die Suchtprävention. Wir entwickeln und unterstützen gezielt Projekte und Maßnahmen, die Kinder und Jugendliche in ihrem Selbstvertrauen stärken und sie befähigen, eine kritische und verantwortungsvolle Haltung zum Konsum von Suchtmitteln einzunehmen. Wir setzen uns dafür ein, diesen Bereich insgesamt auszubauen und bereits vorhandene Angebote zu erweitern.

Soziales

Gemeinwohl stärken – zusammen organisieren

Der soziale Zusammenhalt im Bezirk ist notwendig, damit alle Menschen die Möglichkeit eines guten Lebens haben und wir auch solidarisch mit denen sind, die mit schwierigen Lebenslagen konfrontiert sind. Dafür setzen wir uns ein.

Die unabhängige Sozialberatung sowie Schuldner- und Insolvenzberatung unterstützen als öffentlich geförderte, gemeinnützige Beratungsstellen Menschen, die in eine schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage, oft mit psychosozialen Folgen, geraten sind. Wir setzen uns weiterhin für eine gute Ausstattung dieser Angebote ein. Außerdem wollen wir in der nächsten Legislaturperiode Möglichkeiten finden, diese wichtige Beratung bekannter zu machen und in allen Kiezen zu ermöglichen.

Arbeitslosigkeit ist nicht nur ein finanzielles Lebensrisiko, sondern auch eine große emotionale Belastung. Wir werden auch zukünftig auf Kundenfreundlichkeit, Verständlichkeit und Zügigkeit in der Arbeit der Jobcenter achten. Wer finanzielle Ansprüche hat, braucht sofortige Hilfe und keine langen Wartezeiten. Informationen dazu müssen leicht zugänglich, auch in leichter Sprache verfasst und jederzeit abrufbar sein. Wir setzen uns für eine kundenfreundliche Terminvergabe ein.

Obdachloseneinrichtungen und Senioreneinrichtungen gehören zur sozialen Infrastruktur. Im nächsten Sozialen Infrastrukturkonzept müssen diese Einrichtungen daher mit untersucht werden.

Wir müssen Wohnungslosigkeit noch viel besser präventiv verhindern. Mietschulden und Zwangsräumungen nehmen zu. Deshalb wollen wir mehr und gezielte Hausbesuche bei Mieter*innen durchführen, wenn eine Räumungsklage bekannt wird und die Betroffenen nicht auf Briefe reagieren.

Wir wollen Teile der Gebäude und des Geländes des Straßenbahndepots Belziger Straße zu einem Zentrum der Wohnungslosenhilfe ausbauen, sobald eine andere Nutzung möglich ist. Geprüft werden soll auch die Bündelung von vorhandenen Angeboten.

Der Runde Tisch Obdachlosigkeit wird verstetigt. Eine kontinuierliche Vernetzung zum Thema Obdachlosigkeit (mindestens 1x jährlich) hilft, besser gemeinsam reagieren zu können. Wir setzen uns dafür ein, mindestens eine weitere Wohnungsloseneinrichtung mit Übernachtungsplätzen in Tempelhof-Schöneberg zu schaffen. Die vorhandenen Wohnungslosenunterkünfte wollen wir absichern und unterstützen. Wir setzen uns für zielgruppenspezifische Einrichtungen ein, beispielsweise für Frauen oder Familien sowie wohnungslose Menschen mit Haustieren. Wir wollen psychisch kranke Menschen vor Wohnungslosigkeit bewahren, d.h., nach einem akutpsychiatrischen Klinikaufenthalt wollen wir eine lückenlose Anschlussversorgung im Bezirk ermöglichen.

Die Kältehilfeplätze im Bezirk wollen wir erhalten und nach Möglichkeit ausbauen. Wir brauchen gleichzeitig auch neue Angebote der Hitzehilfe, um bei besonders heißen Temperaturen Menschen ohne Zuhause zu schützen. Angebote der Hygiene sind auch für obdachlose Menschen ein Grundbedürfnis. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass in unserem Bezirk ein Duschmobil, ein Badezimmer auf Rädern, etabliert wird. Auch die ärztliche Versorgung ist wichtig für obdachlose Menschen.

Die Wohnungslosentagesstätte ist eine wichtige Anlaufstelle für obdachlose, wohnungslose und von Armut betroffene Menschen im Bezirk. Ehrenamtliche Angebote wollen wir u.a. mit Sachmitteln unterstützen. Projekte, die sich an besondere Zielgruppen richten, unterstützen wir. Während der Covid19-Pandemie ist auch Neues entstanden, um Menschen in Notlagen zu unterstützen, beispielsweise mit den Gabenzäunen. Die SPD setzt sich dafür ein, Ideen zu entwickeln, wie wir diese neuen Formen des Engagements weiter ausbauen können.



Senior*innen

aktiv und selbstbestimmt

In Tempelhof-Schöneberg leben rund 90.000 ältere Menschen ab 60 Jahren, also 25% der Gesamtbevölkerung. Die Diskussionen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass ältere Menschen sich nicht mehr nur auf die Pflege und Betreuung reduziert sehen wollen. Das Leben ab 60 macht deutlich mehr aus und ist aktiver als es noch vor Jahren der Fall war.

Wir wollen ein umfassendes Konzept für den demografischen Wandel im Bezirk.

Zum einen möchten wir auf die Herausforderungen der älter werdenden Gesellschaft reagieren und hochaltrigen Menschen eine angemessene und selbstbestimmte Pflege und Versorgung im Bezirk ermöglichen. Dazu gehören Pflegestützpunkte in allen Bezirksregionen genauso wie nachbarschaftliche Netzwerke wie die „Allianz für Menschen mit Demenz – Nachbarschaft als Anker“.

Zum anderen möchten wir die junggebliebenen, älteren Menschen in ihrer selbstbestimmten Lebensführung unterstützen. Sie sind ehrenamtlich aktiv und nutzen jetzt schon die Kultur-, Bildungs-, Freizeit- und Sportangebote des Bezirks sowie die Seniorenfreizeitstätten. Besonders den zwölf bezirklichen Seniorenfreizeitstätten kommt eine hohe Bedeutung zu, stellen sie doch die bezirklich finanzierten Treffpunkte für ältere Menschen dar und haben schon jetzt ein vielfältiges Angebot. Wir wollen außerdem den Generationen übergreifenden Austausch unterstützen und fördern.

Wir haben Frauen im Alter besonders im Blick. Sie sind häufiger von Altersarmut und Einsamkeit betroffen. Kostenfreie kulturelle und soziale Angebote werden von ihnen besonders häufig genutzt und sind auszubauen.

Klassische Altersklischees werden nach und nach durchbrochen. Älteren Menschen ist mehr zuzutrauen, als die Gesellschaft das derzeit macht. Wir möchten daher die Seniorenfreizeitstätten stärker zu nachbarschaftlichen Mehrgenerationenhäusern des Zusammenhalts und des Miteinanders entwickeln. Dazu gehört auch mehr interkulturelle Öffnung der Seniorenarbeit. Ebenso wie inklusive und barrierefreie Angebote. Außerdem wollen wir Angebote für queere Senior*innen unterstützen.

Wir setzen uns dafür ein, dass digitale Angebote in der Senior*innenarbeit einen stärkeren Fokus erhalten. In der Pandemiezeit haben wir gesehen, dass der Bedarf vorhanden ist und die Digitalisierung die Teilhabe Älterer ermöglicht. Älter werden in einer technologisch bestimmten Welt bedeutet mitunter auch ausgeschlossen zu sein von Teilhabe, Mobilität und Selbständigkeit. Im kommunalen Bereich ist es möglich, digitale Technik für alle Lebensbereiche der älter werdenden Menschen erreichbar und nutzbar zu machen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in allen Haushalten, Senioren- und Pflegeeinrichtungen Zugänge zum Internet ermöglicht werden. Außerdem setzen wir uns

auch für Möglichkeiten der digitalen Kompetenzerweiterung für Senior*innen ein. Dies gilt sowohl für die älteren Menschen selbst wie auch für die sorgenden Angehörigen. Daher muss es verpflichtend sein, digitale Zugänge zu schaffen und die Erreichbarkeit zu garantieren. Wir werden daher einerseits bei den Trägern der öffentlichen Daseinsvorsorge dafür werben, die technologischen Voraussetzungen zu schaffen. Andererseits werden wir mit Bildungseinrichtungen das Gespräch suchen, um Kompetenzerweiterungen bei der Altersgruppe zu erreichen.

Für die Menschen, die nicht nur auf Grund ihres Alters oder einer körperlichen Beeinträchtigung nicht mehr so beweglich und aktiv sein können, werden kleine Alltagswege oft zu langen Distanzen. Sie sind auf Bänke und Sitzmöglichkeiten auf dem Weg zum Supermarkt oder zum Arzttermin angewiesen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass die Bedürfnisse von Menschen im Alter berücksichtigt werden und mehr Bänke in Tempelhof-Schöneberg aufgestellt werden.

Auch eine ausreichende Versorgung mit zugänglichen, kostenfreien und barrierefreien Toiletten im öffentlichen Raum ist entscheidend dafür, dass sich Menschen auch in hohem Alter noch wohl fühlen und ohne Einschränkungen bewegen können.

Darüber hinaus sind uns niedrigschwellige Bewegungsangebote wie beispielsweise Aktivplätze im Öffentlichen Raum wichtig, die von allen Bürger*innen, insbesondere aber auch von Senior*innen genutzt werden können.

In all diesen benannten Bereichen ist eine aktive Senior*innenvertretung unsere erste Ansprechpartnerin. Wir wollen nicht über Senior*innen sprechen, sondern mit ihnen. Damit die Senior*innen durch die Senior*innenvertretung auch eine repräsentative Stimme erhalten und ein möglichst breites Spektrum der älteren Menschen im Bezirk vertreten können, haben wir uns für einen Flyer und eine Online-Vorstellung zur Wahl der Senior*innenvertretung eingesetzt. Das wollen wir auch für die nächste Wahl gewährleisten, damit sich möglichst viele Menschen an der Wahl beteiligen.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Tempelhof-Schöneberg ein vielfältiger Bezirk bleibt, für alle Menschen Angebote und Möglichkeiten bereithält und dabei niemanden ausschließt. Vielfalt und seine unterschiedlichen Aspekte sind für uns ein Querschnittsthema, das selbstverständlich in allen Politikbereichen mitgedacht werden muss. Viele unserer Forderungen zu den folgenden Themenkomplexen finden sich deshalb im gesamten Programm wieder.

Gleichstellung

*gleiche Rechte für Frauen**

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auch heutzutage keine Selbstverständlichkeit. Frauen arbeiten überwiegend in den sogenannten Frauenberufen, die meist schlecht bezahlt sind. Sie übernehmen den überwiegenden Teil der Haus- und Carearbeit, reduzieren dafür oft ihre Arbeitszeit zu Lasten ihrer eigenständigen Existenzsicherung. Für eine echte Gleichstellung muss es ein gesellschaftliches Umdenken geben, dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

Die Verteilung von öffentlichen Mitteln muss die Bedürfnisse und Lebenslagen aller Geschlechter berücksichtigen. Dies gilt auch für den Bezirkshaushalt. Wir streben eine geschlechtergerechte Ressourcenverteilung im Bezirkshaushalt an.

Den digitalen und barrierefreien Zugang zu Verwaltungsangeboten möchten wir verbessern und ausbauen. Das Präsenzangebot wird dabei nicht reduziert.

Die bezirkliche Frauenbeauftragte nimmt eine wichtige Schlüsselstellung für den Abbau von Diskriminierung und für die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Sie ist Ansprechpartnerin für die Bürger*innen des Bezirks und zudem Netzwerkpartnerin für Vereine, Verbände, Projekte und Gremien im Bereich der Gleichstellungspolitik. Die Frauenbeauftragte muss weiterhin mit ausreichend finanziellen und personellen Mitteln ausgestattet werden. Um ihre Position zu stärken, soll die Stelle weiterhin unmittelbar bei der Bezirksbürgermeisterin angesiedelt bleiben.

Den neu gegründeten bezirklichen Frauenbeirat wollen wir positiv begleiten.

Berlin ist mit einem Anteil von über einem Drittel Alleinerziehender bundesweit Spitzenreiterin. Die überwältigende Mehrheit davon sind Frauen. Die Organisation des Alltags mit Kindererziehung und eigener Erwerbstätigkeit zu verbinden, ist dabei eine ganz besondere Herausforderung, bei der wir Alleinerziehende unterstützen wollen. Deshalb wollen wir vorhandene Beratungsangebote sowie die neue Koordinierungsstelle des Bezirks bekannter machen und die Vernetzung weiter verbessern.

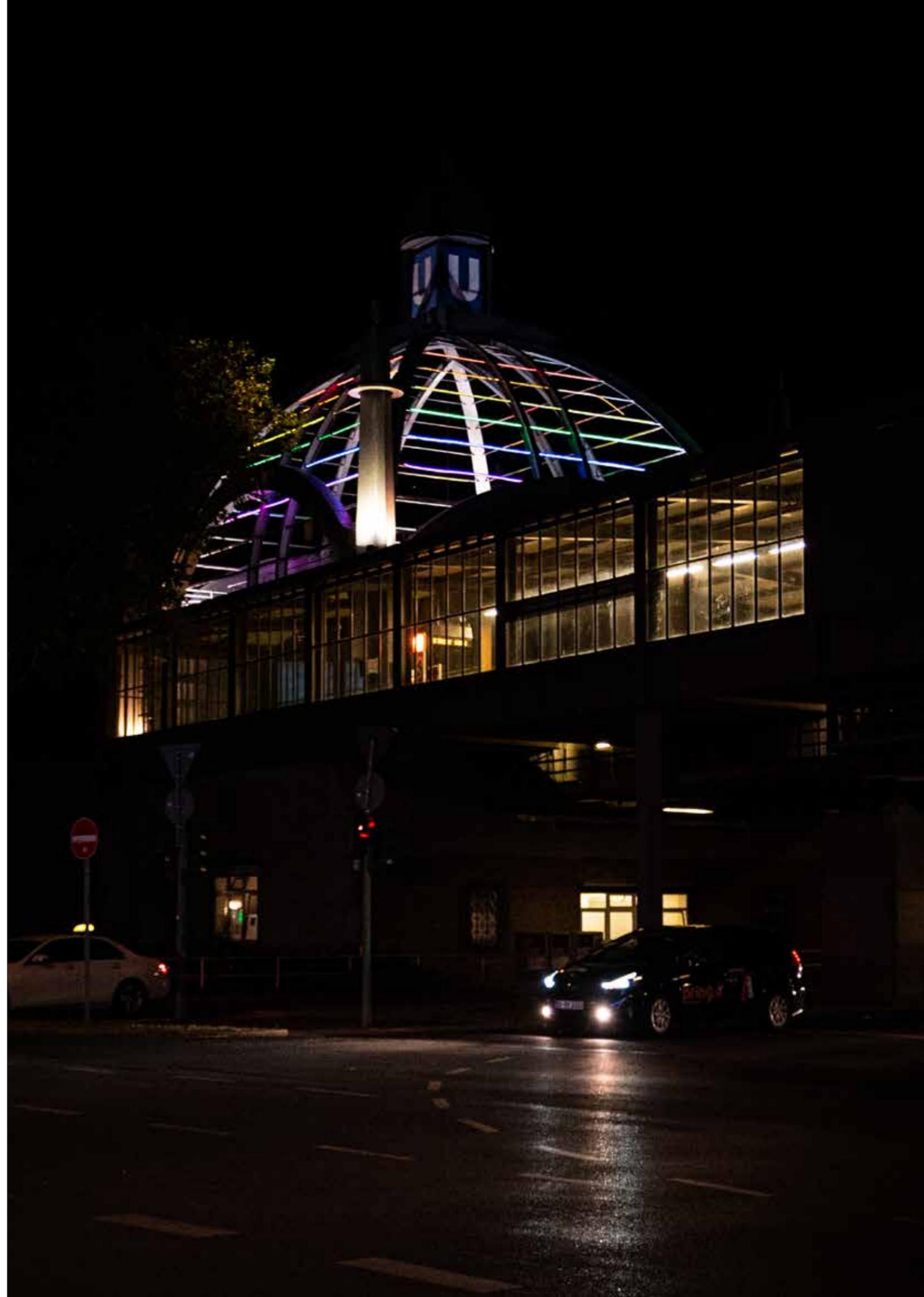
Wir wollen die Mädchenarbeit in Tempelhof-Schönebergs Freizeiteinrichtungen fortführen und ausbauen und einen zweiten Mädchentreffpunkt ermöglichen. Als Teil der Mädchenarbeit soll auch der „Weltmädchentag“ am 10. Oktober in der kommenden Wahlperiode finanziell abgesichert sein. Er bietet die Möglichkeit, einen Tag lang die Aufmerksamkeit ganz auf die Mädchen, ihre Stärken und Potenziale zu richten.

Der Girls' Day bietet Mädchen Gelegenheit, sich mit der eigenen Berufs- und Lebensplanung zu beschäftigen. Mädchen werden durch Kontakte zur Arbeitswelt und praktische Beispiele ermutigt, das ganze Spektrum ihrer Begabungen zu nutzen. Sie bekommen Einblick in diverse Branchen – einschließlich Berufsfeldern in der Bezirksverwaltung, die bisher noch seltener von Mädchen in Betracht gezogen werden.

Für Frauen ist Gewalt – und nicht etwa Krankheit – immer noch das größte gesundheitliche Risiko. Sexualisierte und häusliche Gewalt gibt es auch in unseren Nachbarschaften. Wir setzen uns dafür ein, dass betroffene Frauen vom Bezirk die Hilfe erhalten, die sie benötigen. Die Verbreitung von Informationen für Hilfesuchende soll weiter verbessert werden. Hilfsangebote, Beratungsstellen und Früherkennungsstellen wie Krankenhäuser und Arztpraxen sollen noch besser vernetzt werden. Den Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen am 25. November werden wir weiterhin begehen und zur Aufklärung nutzen.

In Tempelhof-Schöneberg sind viele Frauenprojekte zu Hause. Sie bereichern den Bezirk mit ihrer Arbeit und ihren vielfältigen Angeboten – von A wie Alleinerziehendenberatung bis Z wie Zufluchtwohnungen. Wir wollen die Projekte unbedingt erhalten und in ihrer Arbeit unterstützen.

Wir setzen uns für die nachhaltige Verbesserung der Situation wohnungsloser Frauen (mit und ohne Kinder) in Tempelhof-Schöneberg ein.



Integration

Ankommen und Teilhabe - Vielfalt und Partizipation

Ohne Partizipation keine Integration. Partizipation ist ein Erfolgsfaktor für Ausländer*innen und Geflüchtete sowie ein wichtiger Bestandteil der Wertschätzung und Unterstützung von hier lebenden Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte. Die SPD Tempelhof-Schöneberg fördert die vielfältige Gesellschaft durch Sichtbarkeit und Teilhabe dieser Menschen, insbesondere jener, die von Rassismus und anderer Diskriminierung betroffen sind.

Einbürgerung ist ein wesentlicher Baustein gelingender Integration. Sie schafft Bindung an die neue Heimat und bereichert Berlin. Unser Ziel ist eine wertschätzende und unterstützende Kultur unserer Verwaltung gegenüber Einbürgerungswilligen. Dazu werden wir alle bezirklichen Möglichkeiten ausschöpfen, um mögliche Hürden abzubauen und so die Einbürgerungsquote unseres Bezirks zu steigern.

Mit der personellen und finanziellen Stärkung des Interkulturellen Hauses fördern wir migrantische Vielfalt. Zudem unterstützen wir die erfolgreichen CrossKultur-Tage finanziell stärker. Die Perspektive von Geflüchteten werden wir bei CrossKultur noch sichtbarer machen. Mit der Fortführung des jährlich vergebenen, renommierten Integrationspreises Tempelhof-Schöneberg stärken wir die Wertschätzung engagierter Menschen mit Einwanderungsgeschichte.

Sichtbarkeit braucht Teilhabe, um mitentscheiden zu können und gehört zu werden. Deshalb werden wir einen Integrations- und Partizipationsbeirat einsetzen und diesen direkt bei der Bezirksbürgermeisterin ansiedeln. Dieser kann bei Entscheidungen des Bezirksamtes und der Bezirksverordnetenversammlung, die seine Zielgruppe betreffen, vorab angehört werden. Außerdem kann der Beirat selbständig zu Themen Stellung nehmen. In ihn soll explizit ein*e Vertreter*in von geflüchteten Menschen berufen werden.

Auch die Öffnung der Verwaltung für mehr Vielfalt stärkt die Sichtbarkeit und Teilhabe von Menschen mit familiärer Einwanderungsgeschichte und jener, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind. Wir wollen deshalb zielgruppenspezifische Kampagnen zur Nachwuchsgewinnung aufsetzen, um diese wichtigen Talente für das Bezirksamt zu gewinnen.

Die Integrationslots*innen übernehmen mittlerweile im Bezirk wichtige zusätzliche Aufgaben, auf die nicht mehr verzichtet werden kann. Sie vermitteln zwischen Verwaltung und Bürger*innen, um die Zugangsbarrieren zu mindern. Zwischenzeitlich wurden noch weitere Einsatzmöglichkeiten ausgemacht. Wir wollen, dass das bewährte Projekt der Integrationslots*innen dauerhaft finanziert wird und in den Bezirken berufliche Perspektiven für Lotsinnen und Lotsen entstehen können.

Vielfalt und Teilhabe bedeuten für uns auch, dass Menschen in Tempelhof-Schöneberg ihren Glauben angemessen ausleben können. Daher unterstützen wir die Schaffung von Entfaltungsräumen, in denen sie diesen frei und auch sichtbar ausüben können.

Inklusion

echte Teilhabe ermöglichen

Wir begrüßen und unterstützen die Umsetzung und Fortschreibung des Bezirklichen Inklusionskonzepts gemäß UN-Behindertenrechtskonvention. Die Bezirksbehindertenbeauftragte soll weiterhin bei der Bezirksbürgermeisterin angesiedelt sein und weiterhin durch eine fachlich qualifizierte zweite Stelle unterstützt werden. Inklusion ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Bereiche des Lebens betrifft.

Wir wollen inklusive Projekte stärken und die Bildung von Netzwerken unterstützen. Unterschiedliche Zielgruppen – Frauen mit Behinderung, queere Menschen, Menschen mit Migrationsgeschichte – haben auch hier teilweise verschiedene Bedarfe und verschiedene Zugänge zu Hilfesystemen und Teilhabemöglichkeiten.

Queer

bunt und selbstbestimmt

Unsere Queerpolitik ist Querschnittspolitik. Sie umfasst alle Lebens- und Rechtsbereiche und hat die rechtliche Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und inter*Menschen (LSBT*I*Q) zum Ziel. Für uns ist Queerpolitik kein nice to have, sondern ein manifester Bestandteil unserer Politik im Bezirk. Die queere Community ist in Tempelhof-Schöneberg zuhause. Hier wird gelebt, geliebt und gearbeitet. Der Regenbogenkiez rund um den Nollendorfplatz war eine der wichtigsten Keimzellen eines

neuen, selbstbewussten queeren Lebens und ist seit über 100 Jahren Aushängeschild und Anziehungspunkt für viele Menschen aus aller Welt.

Wir arbeiten dafür, dass unser Bezirk und Berlin weltoffen und vielfältig bleiben und alte bzw. neu aufkommende Diskriminierungen klar benannt und abgebaut werden. Wir wollen Akzeptanz und Vielfalt fördern und die Antidiskriminierungs- und Aufklärungsstellen sowie -kampagnen im Bezirk weiter stärken und ausbauen.

Kaum ein Ort in Deutschland steht so sehr für queeres Leben wie der Schöneberger Regenbogenkiez. Deswegen wollen wir aus der Mitte des Bezirks mithelfen, die rechtliche Gleichstellung queerer Menschen voranzutreiben. Wir wollen daran mitwirken, dass der Begriff der „sexuellen Identität“ in Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes aufgenommen wird.

Wir setzen uns dafür ein, dass LSBT*I*Q und ihre besonderen Lebenslagen auch in Regelstrukturen (vor allem Jugendhilfe, Kindertagespflege, Familienberatung, Schule und Pflege) angemessene Berücksichtigung finden und die Akteur*innen den Abbau von Homo- und Trans*feindlichkeit als Querschnittsaufgabe erkennen.

Kultur braucht Räume. Das gilt auch für queere Kultur. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der Bezirk Räume öffnet und queere kulturelle Angebote und Aktionen stärker dabei unterstützt, in Tempelhof-Schöneberg zu verbleiben (Schwules Museum) oder Fuß zu fassen.

Wir wollen die gesellschaftliche Anerkennung zielgruppensensibler Pflege für queere Menschen im Alter sowie queeres Wohnen im Alter stärken. Der Lebensort Vielfalt, der auf der Schöneberger Linse entsteht, ist ein perfektes Beispiel, wie gute Stadtentwicklungspolitik vielfältige und offene Nachbarschaften organisieren kann. Wir wollen mithelfen, dass weitere Initiativen der queeren Community bei uns im Bezirk ähnliche Wohn-, Pflege-, Betreuungs- und Kiezprojekte verwirklichen können. In diesem Zusammenhang wollen wir auch verstärkt in den Austausch mit Lesbenorganisationen und Transverbänden treten.

Unter den Geflüchteten, die eine neue Heimat in Berlin finden, sind auch etliche queere Geflüchtete, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung im Heimatland verfolgt wurden. Sie brauchen Unterstützung, um Gewalt- und Diskriminierungserfahrungen zu verarbeiten. Wir unterstützen daher Projekte wie Miles und LesMigras, die Angebote für queere Geflüchtete geschaffen haben.

Queeres Leben braucht auch Sicherheit. Kriminalität und Angriffe - auch im Regenbogenkiez - auf LSBT*I*Q haben zugenommen. Die Bezirksbürgermeisterin hat mit Präventionsmaßnahmen und Projekten reagiert: Ein*e Nachtbürgermeister*in vermittelt zwischen den Betreiber*innen der Bars, Kneipen und Clubs im Regenbogenkiez und den Anwohnenden. Die „Nachtlichter“ zeigen Präsenz an den Wochenenden. Im Tiny House auf dem Bürgerplatz Eisenacher Straße/Fuggerstraße hat sich ein Infopoint etabliert. Diese Maßnahmen zeigen Wirkung und wir setzen uns dafür ein, dass sie auch über 2021 hinaus den Kiez sicherer und lebenswerter machen.

Die Mobile Wache der Polizei war ein wichtiger Schritt für mehr Sicherheit rund um den Nollendorfkiez. Jetzt ist es wichtig, diese Präsenz fortzusetzen, weiterzuentwickeln und auszubauen.

Gegen Rechts

Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus bekämpfen

Der gesellschaftliche Rechtsruck bedroht die Vielfalt und den Zusammenhalt auch in unserem bunten Bezirk ganz konkret. Die SPD Tempelhof-Schöneberg steht an der Seite derjenigen, die von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischem Rassismus sowie kruden Verschwörungserzählungen betroffen sind.

Wir wollen Opfern von rechtsextremer Gewalt Schutz, Hilfe und Perspektive geben. Gemeinsam stellen wir uns dem Hass entgegen.

Prävention und Demokratieförderung sind eine der wesentlichen Bildungsaufgaben unserer Zeit. Es geht darum, die Ursachen für rechtsextremes Handeln frühzeitig zu erkennen, ihnen entgegenzuwirken und durch ressortübergreifende Bündnisse ein öffentliches, demokratisches Klima zu erzeugen, in dem Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus keine Chance haben. Wir unterstützen daher Kitas, Schulen, Projekte und Vereine bei der Demokratieerziehung. Ebenso soll die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen durch das Bezirksamt fortgesetzt und weiter intensiviert werden, um beispielsweise Fördermittel aus Bundesprogrammen zu beantragen.

Auch das Land Berlin hat mit dem Fonds zur Unterstützung von Betroffenen politisch-extremistischer Gewalt eine Möglichkeit geschaffen, diesen konkret zu helfen. Die SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass im Bezirk die Mittel aus dem Fonds genutzt werden.

Wir werden bestehende und innovative Projekte in der Opferarbeit unterstützen, so dass sich betroffene Menschen und Organisationen nicht alleingelassen fühlen.

In unserem vielfältigen Bezirk hat das jüdische Leben wieder eine erfreuliche Selbstverständlichkeit gewonnen. Doch immer wieder kommt es zu antisemitischen Angriffen. Dabei sind Orte des Gedenkens genauso betroffen wie Orte des alltäglichen Lebens. Wer ein Restaurant oder eine Synagoge attackiert, möchte Menschen in ihrer freien Lebensführung angreifen. Dieser Bedrohung müssen wir uns in einem gesellschaftlichen Bündnis entgegenstellen.

Im Rahmen des Gedenkens bilden die Stolpersteine ein allgegenwärtiges und eindringliches Zeichen der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Die zahlreichen

Initiativen in Tempelhof-Schöneberg leisten einen wichtigen Beitrag zu gelebter Erinnerung und aktiver Demokratie und sollen durch das Bezirksamt weiterhin mit der Koordinierungsstelle unterstützt werden.

Die auf unsere Initiative hin eingerichtete bezirkliche Registerstelle haben wir in den letzten Jahren mit unseren Kooperationspartner*innen kontinuierlich erweitert. Ziel des Registers ist nicht nur die Dokumentation und Analyse von rassistisch, antisemitisch, LSBT*IQ-feindlich, antiziganistisch, rechtsextrem und anders diskriminierend motivierten Vorfällen, sondern auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf lokaler Ebene. Alle Bürger*innen können sich bei der Erfassung solcher Vorfälle beteiligen.

Es ist unser Wille, einen Konsens zwischen den demokratischen Parteien zu erzielen, nicht mit rechtspopulistischen und rechtsextremen Fraktionen zusammen zu arbeiten.



EIN BÜRGERNAHER BEZIRK



Bürgeramt

verlässlicher Service für alle Bürger*innen

Das Bürgeramt ist der wichtigste Kontaktpunkt der Bürger*innen mit der Bezirksverwaltung. Die Erfahrungen mit den Dienstleistungen prägen stark das Bild der Bezirksverwaltung hinsichtlich der wahrgenommenen Effizienz und Bürgerfreundlichkeit. Zu einer hohen Qualität der Beratung und Bearbeitung gehört eine gute Personalausstattung.

Durch eine bedarfsgerechte Personalausstattung und Neueinstellungen sowie erweiterte und flexible Öffnungszeiten sollen Wartezeiten in Bürgerämtern reduziert werden. Grundsätzlich halten wir am bewährten System der Terminvergabe fest. Der Besuch im Bürgeramt muss planbar sein, die Terminbuchung per Internet und Telefon ist dafür ein sinnvoller Weg.

Alle Verwaltungsvorgänge in Tempelhof-Schöneberg sollen perspektivisch online möglich sein. Im Zuge der weiteren Digitalisierung des Bezirksamtes müssen hierfür die notwendigen Schnittstellen geschaffen werden. Die Online-Auftritte des Bürgeramtes sollen, wie die physischen Zugänge zum Bürgeramt, barrierefrei sein.

Wir möchten ermöglichen, dass ein „mobiles Bürgeramt“ seine Dienste an verschiedenen Stellen des Bezirkes anbietet, insbesondere in den südlichen Bezirksregionen. Ein mobiles Angebot solcher Dienstleistungen soll insbesondere in Wohnanlagen für Senior*innen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen angeboten werden.

Ordnungsamt

für ein geordnetes Miteinander

Die Mitarbeiter*innen des Ordnungsamtes stellen in der Öffentlichkeit den sichtbarsten Teil der bezirklichen Verwaltung dar. Wir werben um Verständnis für ihre wichtigen Aufgaben und Tätigkeiten, durch die ein geordnetes Miteinander gewährleistet wird.

Mit Hinblick auf das umfangreiche Dienstleistungsangebot des Ordnungsamtes setzen wir uns dafür ein, dass die Personalsituation den steigenden Anforderungen an Umfang und Qualität der Kontrollaufgaben gerecht wird. Denn eine zeitnahe Ahndung von Fehlverhalten kann weiteren Verstößen vorbeugen.

Zu den Tätigkeitsfeldern des Allgemeinen Ordnungsdienstes gehört die Überwachung des sogenannten ruhenden sowie fließenden Verkehrs auf Gehwegen und im Fußgängerbereich. Das Ziel ist, die Auswirkungen des Falschparkens auf den fließenden Verkehr durch Überwachungsdruck zu verhindern und den knappen Parkraum in Berlin möglichst vielen Verkehrsteilnehmer*innen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung zu stellen.

Neben Tätigkeiten der Gefahrenabwehr ist die Hauptaufgabe vor allem die Ahndung von nicht verkehrsrechtlichen Ordnungswidrigkeiten im gesamten Bezirk. Dazu gehören z.B. die Kontrolle und Überwachung der Sauberkeit auf öffentlichen Straßen und in Grünanlagen, die Verfolgung von Verstößen durch Abfallverunreinigung im öffentlichen Raum, die Überwachung der Einhaltung des Hundegesetzes und des Gesetzes zur Bekämpfung gefährlicher Hunde, Kontrollen des Haus- und Nachbarschaftslärms, die Kontrolle der Nutzung des öffentlichen Straßenlandes und Fahrradkontrollen.

Dabei versteht sich das Ordnungsamt als Dienstleister mit dem Ziel einer Erhöhung der Lebensqualität im Wohnumfeld.

Die Einsatzzeiten des bezirklichen „Allgemeinen Ordnungsdienstes“ der Ordnungsämter erstrecken sich auf die Zeiten 6 Uhr bis 22 Uhr. Unser Anliegen ist es, die Dienstzeiten gemäß der bezirklichen Dienstvereinbarung von 6.00 bis 24.00 Uhr auszuweiten.

Unser Engagement für die Einführung einer Parkraumbewirtschaftungszone im Schöneberger Norden war erfolgreich. Sie beeinflusst das Stellplatzangebot und die Nachfrage und trägt so zu einer ausgeglichenen Parkraumbilanz bei. Durch weitere Parkraumbewirtschaftungszonen in unserem Bezirk möchten wir das effiziente Parken, die Stadt- und Umweltverträglichkeit des Verkehrs und die Zufriedenheit der Bürger*innen unseres Bezirkes nachhaltig steigern.

Vermüllung und Verwahrlosungstendenzen stellen eine Gefahr für die Umwelt dar. Sie treten vermehrt in Parkanlagen, Grünflächen und Grünstreifen auf. Dort beeinträchtigen sie die Aufenthaltsqualität. Wir unterstützen das Ordnungsamt bei seiner Arbeit

und wollen die vorhandenen technischen Hilfsmittel wie die „Ordnungsamt-Online“-App und die Internetseite ausbauen und sowohl transparenter als auch zugänglicher gestalten. Hierbei setzen wir uns für eine bessere Personalausstattung bei der Bearbeitung der Online-Meldungen ein, um Bearbeitungszeiten zu verkürzen.

Wir wollen die Kommunikationsstrategie des Bezirkes gegenüber Anwohner*innen, Vereinen sowie lokalen Initiativen verbessern, um nicht nur bestehende Vermüllungen zu bemerken und zu beseitigen, sondern solche auch zu verhüten.

Dabei setzen wir auf die Unterstützung und Initiative durch die Bürger*innen unseres Bezirks und unterstützen diese.

Wir möchten, dass das Meldesystem „Ordnungsamt-Online“ stärker beworben wird, damit noch mehr Bürger*innen die Möglichkeit der niedrigschwelligen Meldung nutzen können.

Die Erweiterung der Einsatzmöglichkeit der Allgemeinen Ordnungsdienste der Ordnungsämter in Zivilkleidung begrüßen wir. Nunmehr kann unter anderem effektiver gegen sogenannte „Müllsünder“ vorgegangen werden. Die Nutzung von Zivilkleidung wird den Verfolgungsdruck erhöhen und so die Sicherheit und Ordnung in der Stadt verbessern.



Sicherheit

im öffentlichen Raum

Die freie Entfaltung der eigenen Persönlichkeit und ein selbstbestimmtes Leben aller Menschen in unserem Bezirk setzen soziale und innere Sicherheit voraus.

Gemeinsam mit dem Land Berlin gewährleistet der Bezirk die Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum. Durch Prävention, Präsenz und individuelle Maßnahmen wollen wir die Sicherheit im öffentlichen Raum verbessern, damit alle Menschen in Tempelhof-Schöneberg frei von Angst und Diskriminierung leben können.

Dazu muss der Personalzuwachs bei der Berliner Polizei auch in den Polizeiabschnitten des Bezirks ankommen. Ziel ist es, die Präsenz auf den Straßen zu erhöhen und mit zusätzlichen Kontaktbereichsbeamt*innen sowie mit mobilen Wachen für mehr Sicherheit zu sorgen.

Wir haben uns erfolgreich im Rahmen des Landesprogramms „Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention“ für das Projekt der*des „Nachtbürgermeisters*in“ und den „Nachtlichtern“ im Regenbogenkiez eingesetzt. Ziel hierbei ist es, den Regenbogenkiez nachhaltig sicherer und attraktiver zu gestalten.

Der Regenbogenkiez gehörte jahrelang zu den kriminalitätsbelasteten Orten Berlins. Das Sicherheitsbedürfnis in der Community sowie der Anwohnenden stieg an. Durch die Verstärkung der Gewaltpräventionsarbeit konnte die Situation vor Ort verbessert werden.

Wir möchten weiterhin dazu beitragen, Angsträume zu beseitigen. Dies erreichen wir, indem wir Beleuchtung und Wegesicherheit öffentlicher Flächen wie Parks, Brücken und Unterführungen verbessern. Ein Beispiel hierzu ist die Wegeverbindung vom Buchsteinweg zur Sântisstraße.

Zur Sicherheit im öffentlichen Raum gehört auch ein wirksamer Schutz vor den zunehmenden Gefahren im Straßenverkehr. Die rücksichtslose und gefährliche Raserei bis hin zu illegalen Straßenrennen verlangt eine gezielte Verstärkung der Verkehrsüberwachung, wo dies nötig ist. Dazu fordern wir mehr stationäre und mobile Geschwindigkeitskontrollen in Tempelhof-Schöneberg. Der Bezirk muss darüber hinaus in eigener Zuständigkeit Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung ergreifen.

Gewalt verdichtet sich in bestimmten Wohnquartieren und in stark frequentierten öffentlichen Räumen. Mit der kiezorientierten Gewalt- und Kriminalitätsprävention fördert die Landeskommision Berlin gegen Gewalt mit 150.000 Euro im Jahr Präventionsräte in den Berliner Bezirken sowie die Umsetzung von präventiven Projekten in besonders mit Gewalt und Kriminalität belasteten Nachbarschaften. Ziel ist es, dass in dem bezirklichen Präventionsrat unterschiedliche Gruppen der Zivilgesellschaft be-

teiligt sind, der bezirkliche Präventionsrat als verlässliches Ansprechgremium für Bürger*innen etabliert wird sowie der bezirkliche Präventionsplan jährlich fortgeschrieben – und im Idealfall – auch in der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen wird.

Zudem soll perspektivisch der bezirkliche Präventionsrat durch quartiersbezogene Vernetzungsgremien ergänzt werden.

AUS DEM GANZEN BEZIRK

FÜR DIE BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG



Angelika Schöttler
Listenplatz 1

Oliver Schworck
Listenplatz 2



Marijke Höppner
Listenplatz 3

Axel Seltz
Listenplatz 4



Manuela Harling
Listenplatz 5

Jürgen Swobodzinski
Listenplatz 6



Janis Hantke
Listenplatz 7

Jan Rauchfuß
Listenplatz 8



Sarah Walter
Listenplatz 9

Oliver Fey
Listenplatz 10



INS RATHAUS SCHÖNEBERG

FÜR DIE BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNG



Annette Hertlein
Listenplatz 11

Stefan Böltes
Listenplatz 12



Corinna Volkmann
Listenplatz 13

Kubilay Yalçın
Listenplatz 14



Ayten Doğan
Listenplatz 15

Noah Triller
Listenplatz 16



Kari Lenke
Listenplatz 17

Stephan Gerhold
Listenplatz 18



Gudrun Astheimer
Listenplatz 19

Justin Sudbrak
Listenplatz 20



AM 26. SEPTEMBER



WÄHLEN!



SPD Tempelhof-Schöneberg

Crellestraße 48, 10827 Berlin

V.i.S.d.P.: Lars Rauchfuß & Melanie Kühnemann-Grunow

spd-tempelhof-schoeneberg.de